Deutsche Reichs-Zeitung.

Organ für das katholische deutsche Volk.

Abonnement: Vierteljährlich pränum. für Bonn incl. Traglohn 4 Reichsmark (1 Thlr. 10 Sgr.); bei den deutschen Postämtern 1 Reichsmark für Luxemburg 4 Reichsmark (1 Thlr. 10 Sgr.).

Die Deutsche Reichs-Zeitung erscheint täglich, an den Wochentagen Abends, an Sonn- und Festtagen Morgens. Inzerationsgebühren für die Zeilzeile oder deren Raum 15 Rthl. (1 1/2 Sgr.).

Bestellungen auf die „Deutsche Reichs-Zeitung“ für das mit dem 1. Januar beginnende 1. Quartal wolle man auswärts bei der nächsten Post-Anstalt, für Bonn in der Expedition (Cürst Nr. 5) recht bald machen. Abonnementspreis bei der Post 4 Reichsmark, für Bonn incl. Traggeld 4 Reichsmark. Auflage 5200.

An den Clerus meines Bisthums.

Endlich haben die Verhandlungen, welche die bekannte Aeußerung des f. Staatsministers Herrn Dr. v. Lutz, Excellenz veranlaßt hat, und welche zwei Monate lang nicht bloß meine Diocese, sondern das ganze Payerland, ja ganz Deutschland in Spannung erhielten, ihren schließlichen Ausgang gefunden. Der Staatsminister sieht sich, wie er durch seinen Vertrauensmann erklären ließ, nicht veranlaßt, seine Aeußerung zu widerrufen.

Es ist mir daher im Interesse meiner Amtspflicht und der Ehre meines Ordinariates und meines Clerus die wenn auch höchst unangenehme Pflicht erwachsen, durch eine kurze Uebersicht über den Verlauf der betreffenden Verhandlungen und durch Veröffentlichung der einschlägigen Aktenstücke der Deffentlichkeit des Urtheils zu ermöglichen, ob der Herr Staatsminister seine schwerwiegende Beschuldigung beweisen habe.

1. Vergewaltigung durch den Clerus, in welchem Augenblick, mit welcher Bestimmtheit und Allgemeinheit der Herr Staatsminister Dr. v. Lutz seine Behauptung in der Kammer der Abgeordneten ausgesprochen hat.

Für die Sitzung vom 13. October d. J. stand die „Berathung einer Adresse an Sr. Majestät den König“ auf der Tagesordnung. Herr Staatsminister Dr. v. Lutz erhielt hierzu das Wort unmittelbar nach dem Herrn Ministerpräsidenten. Im Verlaufe seiner Rede bezeichnete er den Kampf des Kirchenregiments gegen die staatliche Gewalt als einen „Kampf um Leben und Tod“, als eigentlichen „Grund unserer Misere“, sprach von „Verhöhnung des Constitutionalismus“ und äußerte dann u. A.: „Nicht zum geringsten Theile haben dabei die Wahlen eine Rolle gespielt. Dem Volke hat man vorgeschützt, man wolle ihm sein Glaubens nehmen, (Rufe links: Sehr gut!) man wolle ihm das liebgewordene Vaterland entfremden. (Rufe links: Sehr richtig!)“

Man hat mit geistlicher Jurisdiction vorgeschrieben, wie gewählt werden muß, wie zu wählen verpflichtet sei, (Bravo! links, Widerspruch rechts) man hat es nicht an Beengigungen der Gewissen fehlen lassen, und wo man geglaubt hat, man reide mit dem Einfluß auf die Männer nicht aus, hat man die Gewissen der Frauen bedrängt. (Rufe links: Sehr gut! Weiteres rechts.) Fast wäre es lächerlich, wenn es nicht so traurig wäre! Und das haben nicht nur Einzelne gethan, das haben Alle gethan von oben bis unten. In Erlassen von Hirtenbriefen, zahllosen Predigten und Agitationen ohne Beispiel (Widerspruch rechts. Rufe links: Ja wohl!) hat das kirchliche Regiment seine geistliche Gewalt benützt, um die Wahlen zu machen. Ja, meine Herren, in einer einzelnen Diocese sind sogar Weisungen in dem Sinne erfolgt, wie ich Ihnen jetzt mittheilen werde: „Der Clerus wird seine kirchliche Ermahnung dadurch bekräftigen, daß er unter Benützung der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die in Folge der neuen Erscheinungen auf dem socialen und politischen Gebiete eingetretenen Mißstände in Handel und Wandel die Leute zur Wahl von solchen Vertretern anzuweisen sucht, deren sich kirchliche Ermahnung die nöthige Bürgschaft gibt.“ (Rufe links: Höri! Höri! Rufe rechts: Wer? Wer? Namen!) Bischof Senefelder! (Stürmischer Beifall im Saale und auf den Gallerien. Rufe links: Bravo! Thronumfänger!)

Präsident: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe. Den Zuhörern auf den Tribünen ist es gesetzlich nicht gestattet, irgend ein Zeichen des Beifalles oder des Mißfallens zu geben. Ich würde meiner Pflicht und meinem Rechte nachkommen müssen und müßte diejenigen, welche das thun, von den Gallereen fortzuführen lassen. Ich bitte dieser Mahnung nachzukommen. Sie hören ja nur die Verhandlungen. Der königl. Staatsminister Dr. von Lutz: Eine Macht, die stärker ist, als je einer weltlichen Regierung zu Gebote stand, hat man aufgebeten, um den Interessen der Kirchenregierung zum Siege zu verhelfen und das — so wollte und hoffte man — sollte sich die königl. Staatsregierung baldem gefallen lassen. Das, meine Herren, heißt man heut zu Tage Constitutionalismus! u. s. w. (Stenograph. Bericht S. 35—36.)

Das ich einer in solchem Zusammenhang gegen mich geschleuderten Behauptung gegenüber nicht schweigen durfte, liegt auf der Hand. Ich wies sie sofort auf telegraphischem Wege zurück. Mein Protest ward auch am 14. in der öffentlichen Kammer Sitzung vorgetragen (Stenographischer Bericht S. 75, 76). Aber der Herr Staatsminister nahm nicht nur seine Behauptung nicht zurück, sondern bekräftigte sie auf's Neue: „Ich habe gesagt, ich glaube wenigstens so gesagt zu haben, in einer einzelnen Diocese und nicht in einzelnen Diocesen; zweitens will ich konstatiren, meine Herren, daß ich mich über den Umfang, in welchem die betreffenden Weisungen ergangen sind, nicht geäußert habe; im übrigen habe ich zu bemerken, daß ich die Nachricht direkt und persönlich aus einer hochachtbaren Quelle habe, welche mir die Uebersetzung beigebracht hat, daß das, was ich mitgetheilt habe, den Thatfachen entspricht, und diese Uebersetzung habe ich zur Stunde noch und halte deshalb, was ich gestern sagte, aufrecht; das Telegramm hat für mich denselben Werth, wie die Ablegung der Schwandorfer Rede.“ (Stenograph. Bericht S. 81.)

2. Mein „offener Brief“ vom 18. Octbr. wies in detaillirtester Form die erneute Behauptung zurück und forderte Rennung der Quelle. Widerruf

oder Beweis von dem Herrn Staatsminister. Auf eine derartige öffentliche Aufforderung schien derselbe nicht gefaßt gewesen zu sein! er ließ die Anschuldigung, soweit sie direkt gegen meine Person gerichtet war, fallen, richtete sie aber nunmehr gegen mein Ordinariat.

Seine „offene Antwort“ vom 24. Octbr. lehnte nämlich den Widerruf, und aus nichtigen Gründen auch die Benennung des „Autors“ ab, erbot sich aber zum Beweise seiner Behauptung, die er jedoch dahin abänderte: „Mindestens in einem Decanate der Diocese Regensburg ist im heurigen Jahre — etwa im Mai d. J. — in einer Conferenz der zum Decanate gehörigen Pfarrer ein auf die Paschalberichte vom bischöflichen Ordinariate Regensburg ertheilter Bescheid vom Decanate verlesen worden, und in diesem vorverammelter Conferenz verlesenen Bescheide des bischöflichen Ordinariates war dem Sinne nach jene Weisung an den Pfarrclerus enthalten, welche ich in der Sitzung vom 13. Octbr. bekannt gegeben habe.“

In meiner „offenen Erwiderung“ widersprach ich, auf Grund der mir vorliegenden Kapulare zu sämtlichen Bescheiden, auch die neue Behauptung in der unzweideutigsten Weise. Ich erklärte nämlich:

In keinem der Bescheide kommt auch nur das Wort „Wahl“ vor; in keinem findet sich auch nur die Anspielung auf Wahlen, in keinem eine Spur von Weisungen über die zu wählenden Abgeordneten oder Vertreter überhaupt, in keinem endlich auch nur der Schatten der Empfehlung solcher Agitation unter Benützung der im Volke herrschenden Unzufriedenheit.

Ich erinnerte nochmal an die unter allen Umständen bestehende Möglichkeit und Pflicht, durch Rennung des Autors die Angelegenheit auszutragen. Als äußerstes Mittel zur vollständigen Klarstellung der Sache acceptirte ich aber schließlich den Vorschlag des Hrn. Staatsministers und erklärte mich bereit, die Teilnehmer an der betreffenden Conferenz über den angebllichen Bescheid eidl. zu vernehmen zu lassen.

3) So war denn der Herr Staatsminister zur Durchführung des Beweisverfahrens genöthigt; es war nochmals das Beweisthema zu betonen; die Vertrauensmänner, in deren Gegenwart die vom Herrn Minister näher zu bezeichnenden Zeugen zu vernehmen waren, mußten vereinbart, die an die Zeugen zu stellenden Fragen möglichst gestellt werden. Diese Punkte konnten, wie ich annahm, sehr leicht und sehr rasch beseitigt werden. Es handelte sich ja hauptsächlich nur um die Benennung des Einen Decanates, und die Frage, ob an dasselbe der fragliche Bescheid mit dem fraglichen Inhalte ergangen sei. Allein bald sah ich ein, daß ich bei dieser meiner Berechnung mich arg getäuscht hatte.

Der Herr Staatsminister Dr. v. Lutz gab mir zwar in einem Schreiben vom 11. und 12. November seinen Vertrauensmann kund; allein das Eine Decanat wurde nicht genannt, von einer Formulirung der an die Zeugen zu stellenden Fragen war keine Rede.

Vielmehr wurde proponirt, es solle der Herr Regierungspräsident von Feder als Vertrauensmann des Herrn Ministers, wenn er acceptirt werde, die Abhör der Mitglieder des Ordinariates in Regensburg im Locale der Kreisregierung unter Zugiehung eines aus mir genehmen Beamten dieser Kreisstelle, die Abhör der übrigen Zeugen aber im Locale desjenigen Bezirksamtes, in dessen Sprengel der Decanatsitz sich befindet, und unter Zugiehung des betreffenden Bezirksamtmannes betheiligen.

Schließlich ersuchte der Herr Staatsminister um meine Willensmeinung hierüber, eventuell um Gegenpropositionen.

Der Antrag des Herrn Staatsministers, als Zeugen vor allem die Mitglieder meines Ordinariates vernehmen zu lassen, erschien mir, ich gestehe es offen, mehr als befremdend; war doch ein Erlaß des Ordinariates der Gegenstand einer so herben Kritik geworden, und nun sollten, wie mir schien, die Mitglieder dieses Collegiums so zu sagen gegen sich selbst als Zeugen auftreten!

Ueberdies begann ich zu ahnen, daß aus mir unbekanntem Grunde in einer so einfachen Sache weitreichende Erhebungen gepflogen werden wollten.

Ich sah mich vor, und bezeichnete dem Herrn Staatsminister am 15. November den königlichen Advocaten Herrn von Auer in München als „meinen Vertrauensmann“, den ich ersuchte, unter Einhaltung des Beweisverfahrens alles Weitere bezüglich der gemachten Propositionen mit dem Herrn Regierungspräsidenten vereinbaren zu wollen.

Dies geschah auch sofort in einem Schreiben an den königlichen Regierungspräsidenten Herrn von Feder, nachdem vorher der genannte königliche Rechtsanwält sich genau über den Inhalt der qualifirten Bescheide durch Einsicht in die Acten orientirt hatte.

In diesem Schreiben ward wiederholt der zeitlich und örtlich genau begrenzte Vorfall auf der Capitelsconferenz als der alleinige und ausschließliche Gegenstand bestimmt; nicht um eine Generaluntersuchung, sondern um eine Zeugenvernehmung handle es sich. Die Aussagen der betreffenden Geistlichen des Decanates über die Existenz eines solchen Bescheides lämen hier in erster Linie in Frage. Doch wurde eine Vernehmung der Mitglieder des Ordinariates für den unerwarteten Fall, daß die Aussagen der betreffenden Geistlichen kein klares Bild von dem Vorgange ergäben, nicht ganz abgelehnt. Ueberdies erklärte sich Herr von Auer ermächtigt, sofort nach geschehener Benennung des fraglichen Decanats die wirklich ergangene Ordinariatsentscheidung dem Herrn von Feder mitzutheilen, so wie den

Zeugen bei ihrer Vernehmung behufs Auffrischung ihres Gedächtnisses vorzuliegen. — Die Beiziehung des betreffenden Bezirksamtmannes zur Zeugenvernehmung ward abgelehnt.

4) Am Entgegenkommen meinerseits zur möglichst schleunigen und vollständigen Klarlegung der Wahrheit hat es wahrlich auch in diesem Stadium der Verhandlungen nicht gefehlt.

Wider alles Erwarten aber theilte mir unterm 25. November Herr von Auer mit, daß nach einer Zuschrift des Herrn Staatsministers von Lutz Herr v. Feder abgelehnt habe, und daß nunmehr Herr Generalstaatsanwalt v. Haubenschmid als Vertrauensmann Sr. Excellenz des Herrn Ministers bestellt sei.

Seit der „offenen Antwort“ des Herrn Staatsministers war mittlerweile ein Monat verfloßen.

Umgehend erwiederte ich: „Ich habe gegen Herrn v. Haubenschmid eben so wenig Bedenken als auch gegen Herrn v. Feder.“

Ich glaube nun, daß die Verhandlungen, in solche Hände gelegt, einen raschen Verlauf haben würden. Aber welche Täuschung!

Unterm 5. und 6. December theilte mir Herr von Auer das Resultat einer ersten Besprechung mit Herrn v. Haubenschmid mit.

Der Herr Generalstaatsanwalt erklärte seine Untersuchung nach Maßgabe des topographischen Berichtes machen zu wollen. Das war ein Zurückgehen auf die erste von Herrn von Lutz selbst bereits ausgegebene Behauptung. Es schien mir, als sollte erst durch eine „Untersuchung“ herausgestellt werden, wo und wie die Sache sich zutrug. Natürlich bestand Herr von Auer darauf, daß die Sache im Sinne seines an Herrn v. Feder gerichteten Briefes behandelt werde. Zu jeder anderen Art der „Untersuchung“ erklärte er seine Mitwirkung verweigern zu müssen.

Eine Einigung wurde vorerst nicht erzielt. Doch erklärte Herr v. Haubenschmid, den Herrn v. Auer in Kenntniß setzen zu wollen, bevor er einen entscheidenden Schritt unternehmen werde. Bis zum 5. December war Herr von Auer noch nicht im Besitze einer bezüglichen Mittheilung.

Am 7. December aber eröffnete Herr von Haubenschmid dem Herrn von Auer, daß Weisenfeld das betreffende Decanat sei, auf welches sich seine „Untersuchung“ zunächst richtete, und daß er als ersten Zeugen den Herrn Erzbischof von Bamberg, Excellenz, brieflich vernehmen werde.

Diese Form der Vernehmung wurde mit Rücksicht auf die hohe Stellung des Herrn Zeugen von Herrn v. Auer einfach zugefunden.

Herr v. Auer, mit dem Inhalte und Sinne sämtlicher Bescheide bekannt, erinnerte auch nichts gegen ein ausführliches Schreiben, welches Herr v. Haubenschmid unterm 8. December zur Veranlassung der Zeugenaussage an den hochwürdigsten Herrn Erzbischof richtete, obgleich eine Veröffentlichung desselben beweisen würde, daß darin dem Zeugen ein Spielraum für seine Disposition gegeben war, der im Hinblick auf das Beweisthema nur aus Nothwehr gewährt werden konnte.

5) Während nun der fragliche Brief an den Herrn Erzbischof abging, überhandte auf Requisition des Herrn v. Auer das Decanalamt Geisenfeld genannten Herrn das Original des Ordinariatsbescheides vom 22. Januar l. J.; auf dem Actenstück selbst war vom Herr Decan unter Zugiehung von zwei Capitularen, die der heurigen Capitelsconferenz beige woht hatten, die Identität desselben amtlich bezugt.

Gleichzeitig überfickte ich selbst an Herrn von Auer alle jene Actenstücke aus der Registratur meines Ordinariates, die auf den Bescheid eine Beziehung enthalten konnten, nämlich:

1) die amtlich beglaubigte Abschrift des Kapulares zu der Ordinariatsentscheidung, welche unterm 22. Januar d. J. auf die Seelsorgsberichte pro 1874 an das Decanalamt Geisenfeld ergangen ist;

2) den Originalbericht des Decanalamtes vom 4. Nov. 1874, auf welchen die gedachte Entscheidung erfolgt ist;

3) das Protocoll — in originali — über die Versammlung des Capitels Geisenfeld, bei welcher diese Entscheidung, um die allein es sich handeln konnte, vorgelesen wurde. Dieses Protocoll ist von sämtlichen Theilnehmern an der Conferenz auch von dem damaligen Hrn. Pfarrer von Engelbrechtsmünster unterzeichnet.

6) Ich sah nun dem Einlaß der Zeugenaussage des Herrn Erzbischofes nicht ohne Spannung entgegen.

Aber wie erkannte ich, als ich den Brief desselben, den mir Hr. v. Auer unterm 14. 15. abfickrillig zusandte, durchgesehen hatte.

Mein Erstaunen nahm zu, als mir zu gleicher Zeit mein Vertrauensmann die Zuschrift mittheilte, welche er von Hrn. v. Haubenschmid erhalten hatte, und welche lautet:

Abfickrill.

Hrn. Hochwohlgeboren!

Indem ich mich beehre, Ihren Abschriften a) meines Ihnen bereits bekannten Briefes an den Herrn Erzbischof von Bamberg, Excellenz, vom 8. December und

b) der hierauf empfangenen Antwort vom 12. auf 13. d. M. mitzutheilen, setze ich Sie in Kenntniß, daß Sr. Excellenz Herr Staatsminister Dr. v. Lutz nach dem Inhalte der vorliegenden Disposition seinerseits einen Antrag auf weitere Erhebungen zu stellen nicht beabsichtigt, einen Widerruf

Dich unterdessen theils hier, theils im Seebad gut amüßirt und ahntest nicht den schweren Schlag, der Dich treffen sollte. Ich aber sah ihn kommen und dachte: jezt beweise, daß Du Deine kleine lieb hast und rette sie. Der Kampf lieb und den Eltern war nicht leicht, denn Du kannst Dir denken, daß, wollten sie es früher nicht zugeben, wo Du in Glanz und Reichthum lebst, sie jezt —

Gertrud sah ihn mit ihren großen, dunkelblauen Augen böse an und sagte, ohne ihre Stellung zu verändern: „Das ist recht schlecht von Deinen hochmüthigen Eltern, daß sie meinen armen Papa auch in Verbauch haben.“

„Nun, gut,“ fuhr er fort. „Ich will Dir nicht wehe thun. Meine hochmüthigen Eltern — wie Du sie nennst — als sie sahen, daß ihr einziges Kind krank und elend wurde, aus Kummer, als sie sahen, daß er ein kleines, sechzehnjähriges Mädchen so unaussprechlich lieb hatte, daß er Rang und Reichthum aufgeben wollte, um mit ihm leben zu können — da gaben die hochmüthigen Eltern mit schwerem Herzen nach, ließen dem Sohn das kleine Mädchen und den Rang — den Reichthum aber nur unter einer Bedingung.“

„Da, nun kommt!“ sagte Gertrud.

„Ja, jezt kommt,“ wiederholte er. „Aber ehe ich Dir Alles sage, muß ich erst eine Frage an Dich richten, Gertrud.“

Sie antwortete nicht, sondern schüttelte ihn nur und er nahm das als Erlaubniß, seine Frage zu stellen. „Würdest Du mich auch heirathen, wenn ich arm wäre?“ — fragte er einfach.

Sie machte eine ungeduldige Bewegung und murmelte: „Nein!“

„Gertrud! Also liebst Du mich nicht!“

„Ach Gott!“ — seufzte sie, ihren Kopf aufhebend und sich die Wägen aus der Stirn streichend. „Erzähl doch weiter und frag' nicht so dumm! Ja, ja, ja, ich habe Dich lieb — da! Nun sei zufrieden.“ — Er schüttelte mit dem Kopf. — „Willst Du wohl gleich zufrieden sein!“ rief sie und umklammerte seinen Hals so fest, daß er in Stidungsgefahr kam. „Willst Du jezt glauben, daß ich Dich lieb habe?“ wiederholte sie ihn schüttelnd und biß die weißen Zähne aufeinander.

(Fortsetzung folgt.)

Der Erbe von Bedford.

Roman von E. L.

(Fortsetzung.)

„Sie hatte ihm dem Rücken zugewandt und an ihrem Taschentuch getaut, jezt drehte sie sich um und sah ihn mit einem so verwunderten, überraschten Gesicht an, daß er laut lachte. — „Robert!“ — rief sie. — „Ist das wahr?“

„Ja, Gertrud, es ist wahr; komm, setz Dich hier neben mich und laß Dir Alles ruhig und klar auseinandersetzen.“

„Nein!“ rief sie, sagte ihn an beiden Schultern und schüttelte ihn. „Nein, Robert, wie kannst Du nur verlangen, daß ich jezt jezt sehen soll! Ich weiß ja gar nicht, was ich aus Freude thun möchte! Du abfickrilliger Mensch! wie kannst Du mich nur erst so lange jammern und weinen lassen, wo Du recht gut wußtest, daß es gar nicht mehr nöthig war! Aber so bist Du immer! Nun ist ja Alles gut!“ — lachte sie, während ihr die Augen noch voll Thränen standen, und tanzte im Uebermaß der Freude ein Mal das Zimmer herauf und herunter. — „Nun brauch ich auch meinen Wagen nicht aufzugeben, nun kann ich wieder vergnügt und lustig leben wie vorher! O Du lieber Bob!“ — Sie faßte ihn am Arm und drehte ihn im Kreis mit sich herum.

„Aber Gertrud —“ begann er.

„Du! Wenn Du mir noch ein ernstes Wort sagst, schlag ich Dich hiermit!“ — Und sie hob einen ihrer Zöpfe drohend zu ihm auf.

Die Strafe schien ihm nicht unangenehm. — Er faßte die kleine Hand, welche die Vertheidigungswaffe hielt und begann wieder: „Hör mir jezt zu —“

„Ich will aber nicht!“ — sagte sie, mit dem Fuß aufstretend. „Du darfst mich heirathen und damit ist Alles gesagt, und jezt will ich mich freuen!“ — Komm, wir wollen zusammen in den Garten gehen, es hat aufgehört zu regnen, so komm doch! — O, was werden die Eltern sagen! — Heute Abend noch muß ich ihnen schreiben und morgen sollen sie hierher kommen und dann wollen wir ein großes, großes Fest geben und die hochmüthigen Greens sollen auch eingeladen werden — weißt Du, die wollten Dich auch gern haben für Alice und da haben sie

mich doch wirklich gestern, als ich ihnen im Wagen begegnete, nicht einmal gegrüßt — o wie werden die neidisch sein und — ja wann soll dann die Hochzeit sein, doch hoffentlich bald?“

„Wenn Du mich nur zu Wort kommen liehest —“

„Du sollst mir nur sagen, wann die Hochzeit ist — sonst Nichts!“

„Gertrud, sei kein Kind, Du mußt jezt ruhig und vernünftig —“

„Da — nun hast Du's —“ rief sie und schlug ihn mit ihrem Zopf in das Gesicht. „Mit Deiner ewigen Vernunft! Eben bin ich erst Braut geworden und nun soll ich schon vernünftig sein. Ich weiß recht gut, was das heißen soll: vernünftig sein, ruhig zuhören, klar auseinandersetzen und All das bedeutet Nichts als: ich muß Dir etwas Unangenehmes mittheilen. — Und ich will nichts Unangenehmes mehr hören. Du könntest wohl Mitleid mit mir haben und mir das bischen Freude, was mir endlich einmal begegnet, nicht verderben.“

Sie wandte ihm den Rücken zu, ging an das Fenster, öffnete es und setzte sich auf die Fensterbank. —

„So!“ — sagte sie und schlug ganz stolz die Arme unter. „Wenn Du jezt noch eine unangenehme Sache sagst, spring ich heraus.“

Er sagte gar nichts, sondern ging auf sie zu, schloß das Fenster und setzte sich mit ihr auf das Sopha. —

„Gertrud“, sagte er und seine Stimme zitterte. „Hast Du mich denn gar nicht lieb? Freust Du Dich denn nicht auf unser Zusammenleben, nicht daß Du mir nun angehören darfst, frei und offen vor aller Welt, mir ganz allein?“

Sie schlang beide Arme um seinen Hals und küßte ihn. „Ich habe Dich so lieb, Bob, so lieb —“ sagte sie lachend — „so lieb, daß ich Dich gar nicht wieder weg lassen möchte!“

„Nun ja!“ — rief er hoch erfreut. „Und da willst Du mir zu Liebe nicht einmal ruhig zuhören, wo es sich doch um Deine Zukunft, Dein Glück handelt?“

„Na, dann sang an,“ sagte sie mit einem tiefen Seufzer und legte ihren Kopf wie ein müdes Kind auf seine Schulter; er nahm ihre beiden Hände in die seinen, und fing an:

„Siehst Du, Gertrud, Du weißt gar nicht, welche schwere Lage und Nächte ich in den letzten Wochen gehabt habe. Du hast

gegenüber dem Herrn Bischof von Regensburg aber nicht veranlaßt findet.

Für den Fall, als der Herr Bischof von Regensburg auf ferneren Vermehrungen bestehen sollte, erklärte Herr Staatsminister Dr. v. Lutz sich auch seine weiteren Anträge vorbehalten zu wollen.

Hochachtungsvoll

München, den 13. December 1875.

ergebener
F. v. Haubenschmid.

Er. Hochwohlgeboren
Hrn. L. Advokaten v. Auer
in
München.

Die Deposition des Hrn. Erzbischofs von Bamberg aber lautet:

Wohlfahrt.

Er. Hochwohlgeboren

haben mich mit Zuschrift vom 8. auf den 9. dieses Monats zur Erklärung darüber aufgefordert, ob oder in wie weit die von Er. Excellenz Herrn Staatsminister Dr. v. Lutz in der öffentlichen Sitzung der bayerischen Abgeordnetenversammlung am 13. October d. J. (Stenogr. Bericht S. 36), gemachte Aeußerung mit dem Inhalt des für das Landkapitel Weissenhof im Jahre 1875 ergangenen Beschlusses des hochwürdigsten bischöflichen Ordinariats Regensburg übereinstimme. Dieser Aufforderung entsprechend gebe ich bekannt, daß an dem diesjährigen Capiteljahre (25. Mai d. J.), an welchem ich mich in meiner damaligen Eigenschaft als Pfarrer von Engelbrechtshausen betheiligte, nach Abhaltung des üblichen Gottesdienstes im Pfarrhause zu Weissenhof von dem Capitelvorsitz ein solcher Bescheid vorgelesen wurde, dessen politischer Theil Nachstehendes enthielt:

Der Vertheil katholischer Geistlichen mit sogenannten Liberalen ist gänzlich ungeeignet, da Liberalismus und Abfall vom Glauben nahezu immer identisch sind. Ein katholischer Geistlicher soll vielmehr seine kirchliche Gesinnung in dem Bestreben bewahren, durch sachgemäße Belehrung über die für Kirche und Staat schädlichen Ziele des Liberalismus die Bevölkerung zu veranlassen, daß sie gegen denselben fruchtig Stellung nehme und dieses Bestreben werde bei angemessener Rücksichtnahme auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den neuen liberalen staatlichen Einrichtungen, durch welche die Stodung im Genuß und Erwerb herbeigeführt wurde, um so mehr auf Erfolg rechnen können.

Hiermit habe ich in Kürze nach Wortlaut und Sinn wiedergegeben, was mir von dem erwähnten Theile des Ordinariatsbeschlusses in der Erinnerung geblieben ist.

Wenn nun gleichwohl die Kundgabe desselben auf mich den Eindruck hervorbrachte, als sollte hiedurch der Zuhörer zur Vorbereitung der Gemüther auf die bevorstehenden Landtagswahlen sich angeregt fühlen, weil so am erfolgreichsten gegen den Liberalismus operirt werden kann, so kann ich mich doch nicht entsinnen, daß wenigstens in dem Bescheide für das Decanat Weissenhof die Worte: „die Leute zur Wahl von solchen Vertretern anzuleiten, deren echt kirchliche Gesinnung die nötige Bürgschaft gibt“, wie solche die Erklärung des Herrn Cultusministers vom 13. October d. J. schließen, vorkommen.

Endlich bemerke ich, daß mir von einer andern ähnlichen Weisung der oberhirtlichen Stelle in Regensburg — den bekannten Wahlhirtendrief ausgenommen — nichts bekannt worden sei.

Nachdem ich mich der aus nachliegenden Gründen sehr peinlichen Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen entledigt habe, benütze ich schließlich die Gelegenheit, um die Kundgabe des Beschlusses des Herrn Cultusministers vom 13. October d. J. zu schließen.

Er. Hochwohlgeboren
Bamberg, den 13. December 1875.

ergebener
Friedrich v. Schreiber,
Erzbischof.

An Seine des Herrn Ferd. v. Haubenschmid,
I. h. Generalstaatsanwaltes a. Reichsrathe zc.
Hochwohlgeboren München.

7. Also — der Herr Erzbischof erklärte sich außer Stande, den Hauptinhalt, die Substanz der Behauptung des Herrn Staatsministers zu bezeugen. Ich kann mich nicht entsinnen, erklärt der Herr Erzbischof, daß wenigstens in dem Bescheide für das Decanat Weissenhof die Worte: „die Leute zur Wahl von solchen Vertretern anzuleiten, deren echt kirchliche Gesinnung die nötige Bürgschaft gibt“, — wie solche die Erklärung des Herrn Cultusministers vom 13. October d. J. schließen, vorkommen.

Es wird beigefügt: „Endlich bemerke ich, daß mir von einer andern ähnlichen Weisung der oberhirtlichen Stelle in Regensburg — den bekannten Wahlhirtendrief ausgenommen — nichts bekannt geworden sei.“

Im Uebrigen ist offenbar zu bedauern, daß Herr v. Haubenschmid von dem bereits erwähnten Anerbieten des Herrn von Auer bezüglich des Originalbeschlusses für den hochwürdigsten Herrn Erzbischof keinen Gebrauch gemacht hat. Der Herr Erzbischof hätte durch vorgängige Einsichtnahme von dem demselben sein Gedächtniß über dessen Inhalt aufrischen können. In seine Erinnerung wären dann gewiß auch jene wesentlichen Stellen zurückgekehrt, welche von der Treue und Anhänglichkeit an Kirche und Papst, von der um so größeren Liebe und Werthschätzung der Kirche u. s. w. handeln und die es unmöglich machen, von einem politischen Theile des Erlasses zu sprechen. Andererseits hätte der Herr Erzbischof auch notwendig die Uebersetzung gewonnen, daß seine nunmehrige Deposition gerade in jenen Sätzen und Worten mit der Behauptung des Herrn Ministers v. Lutz bezw. seines Gewährsmannes übereinstimmt, welche in dem wirtlichen Bescheide sich nicht finden.

(Es folgt nun eine Gegenüberstellung der Behauptung des Gewährsmannes des Herrn Lutz, des Wortlautes des Allegats aus dem Regensburger Ordinariatsbescheide und der einschlägigen Stelle aus der Deposition des Erzbischof v. n. Bamberg.)

8. Die Deposition des Herrn Erzbischofs und die Behauptung des Herrn Staatsministers stimmen also — nur nicht im Hauptpunkte — überein und zwar beide gegen den wirtlichen Ordinariatsbescheid. Ein Anknüpfung an die Hauptstelle der Behauptung des Herrn Ministers findet sich aber in jenen Worten des Herrn Erzbischofs: „Wenn nun gleichwohl die Kundgabe desselben (Beschlusses) auf mich den Eindruck hervorbrachte, als sollte hiedurch der Zuhörer zur Vorbereitung der Gemüther auf die bevorstehenden Landtagswahlen sich angeregt fühlen, weil so am erfolgreichsten gegen den Liberalismus operirt werden kann, so kann ich mich doch nicht entsinnen u. s. w.“

Aber — der hochwürdigste Herr Erzbischof selbst sagt ja nur, die Kundgabe des Beschlusses habe auf ihn jenen Eindruck hervorgerufen, und zwar nicht den Eindruck einer oberhirtlichen Weisung, sondern als sollte der Zuhörer sich angeregt fühlen zur Vorbereitung der Gemüther auf die Wahlen; und zwar nicht weil der Tenor des Beschlusses dahin lautete, sondern weil so am erfolgreichsten gegen den Liberalismus operirt werden kann. Könnte also der Herr Staatsminister Dr. von Lutz sich auch nur einen Augenblick dem Gedanken hingeben, es sei durch diese Deposition der Beweis für die Wahrheit seiner Behauptung erbracht?

Unmöglich. Die Deposition selbst verneint die Substanz seiner Behauptung. Die vorläufigen Aussätze, welche sie in Uebereinstimmung mit dem Gewährsmann des Herrn Staatsministers enthält, finden sich nicht in dem imzweifelhaften Bescheide, deppelt bezugnehmend auf den Ordinariatsbescheid. Und die Angabe über die Tendenz dieses Beschlusses, und über den Eindruck, den seine Kundgebung hervorbrachte, will sich selbst nur als das Produkt subjektiver Reflexion darstellen.

Aber für den zu erbringenden Beweis wäre nicht ein subjectiver Eindruck, sondern der objectiv bestehende Sinn des Schriftstückes entscheidend gewesen. Und selbst über diesen subjectiven Eindruck hat nur ein Zeuge deponirt, während alle andern Theilnehmer an der fraglichen Kapitelversammlung den eben geschilderten Eindruck nicht erzielten; widrigenfalls dieselben nicht wiederholte gegenseitige Erklärungen öffentlich abgegeben (Bayr. Karier No. 206, und Regensburger Morgenblatt No. 285), und namentlich nicht, zugleich mit dem Herrn Erzbischof selbst, den darauf bezüglichen Passus im Sitzungsprotokolle unterschrieben hätten, welcher also lautet:

Nach dem Capitelgottesdienste, dem üblichen Gebete, der Aufnahme zweier Capitularen und einer Ansprache wurde

1) der Bescheid der hochwürdigsten oberhirtlichen Stelle auf die im Vorjahre vorgelegten beschwerlichen Verträge bekannt gegeben und dessen Worte mit Ehrerbietung vernommen, aber auch constatirt, daß man im Sinne des oberhirtlichen Erlasses schon gearbeitet habe, und in demselben fortan arbeiten werde, wenn auch die Früchte hiervon sich vielfach gar nicht oder nur höchst spärlich zeigen.

Ja, thatsächliche Umstände müßten es geradezu verhindern, daß der Bescheid jenen Eindruck allgemein hervorbrachte. Der Bescheid hat das Datum vom 22. Januar d. J. Den Termin zur Abhaltung der Konferenz bestimmt das Capitel. Klagen in den sog. Paffalberichten über die Zunahme liberaler Grundzüge und Gesinnung auch im Landvolke gaben Anlaß zu dem Thema des Beschlusses, wie aus dessen Eingang zu ersehen ist.

Es war also naturgemäß seine Tendenz, den Capitularen ihr Verhalten gegenüber den Gesetzen vorzuschreiben, welche ihren Parochianen nach ihrer Angabe von Seite der im Erlasse geschilderten Art von Liberalismus drohen, und ihnen zugleich einige Mittel anzudeuten, durch deren Anwendung sie die Gläubigen im Bestehen an der Kirche zu bewahren vermöchten.

Es wurde demselben nahegelegt, daß vor Allem sie selbst die entscheidendste Treue gegen die Kirche und ihr sichtbares Oberhaupt manifestiren sollten;

dann würden durch ihr Beispiel auch die Laien zu gleicher Kirchentreue angeporrt.

Ihr Beispiel würde um so wirksamer sein, wenn sie dasselbe durch den Hinweis einerseits auf die Segnungen der Kirche auch für die irdische Begehung der Menschheit, andererseits durch Hinweis auf die Tendenzen des nunmehr immer unüberhüllter auftretenden Liberalismus unterstützten, der seinen Bau ohne Christus und Kirche aufzurichten will, und dessen Wirkungen uns allen vor Augen liegen.

Eine kurze Gegenüberstellung zwischen der Kirche, ihrer Tendenz und ihren Segnungen für Zeit und Ewigkeit einerseits, und der in demselben charakteristischen Art von Liberalismus, seiner Tendenz und seiner Wirkungen andererseits; all' dieses, um die Gläubigen in ihrer Kirchentreue zu befestigen: dies ist der summarische Inhalt des Beschlusses und damit ist sein Sinn und seine Tendenz gegeben. Hätte der Bescheid die Tendenz gehabt, welche jener subjective Eindruck voraussetzt, wie ganz anders würde er gelautet haben, und hätte er lauten müssen!

9. Aber trotz all' dem erklärte der Herr Staatsminister, daß ihm der Inhalt der Einigen vorliegenden Deposition genüge; er beabsichtige nicht seinerseits einen Antrag auf weitere Erhebungen zu stellen, finde aber einen Widerruf mir gegenüber nicht veranlaßt.

Meine Antwort hierauf war von selbst gegeben. Durch Herrn v. Auer erklärte ich bereits unterm 16. d. Mis. dem Vertrauensmann des Herrn Staatsministers: „Berichtigt der Herr Staatsminister nach der Einigen Zeugnisaussage auf Weiterführung des von ihm selbst proponirten, von mir nur acceptirten Verfahrens, so habe ich keine Veranlassung, ihn durch weitere Anträge meinerseits an die Pflicht des erforderlichen Beweises zu erinnern.“

Nach weniger habe ich nunmehr, auch nach diesem Resultat zweimonatlicher Verhandlungen, Veranlassung, neuerdings auf Kennung des Gewährsmannes zu dringen, der als „hochachtbare, directe Quelle“ der ganzen Nachricht vom Herrn Staatsminister gleich anfangs meinen Protesten entgegen gestellt worden ist. Also bleibt nur die dritte Alternative, zu deren Uebernahme der Herr Staatsminister sich selbst verpflichtet hat. Denn so schloß derselbe seine offene Antwort vom 24. October:

„Erzibt diese Erhebung (durch Zeugniserhebungen) die Wahrheit meiner Behauptung nicht, dann — aber auch nur dann verspreche ich Ihnen, hochwürdigster Herr Bischof, daß ich öffentlich erklären will, ich sei falsch berichtet worden.“

Alle Welt mag urtheilen, ob nicht dieser äußerste Fall jetzt eingetreten ist. Nicht ich habe die zahlreich gerufenen Zeugen ungehört abtreten lassen. Nicht ich habe den Faden des Beweises mitten im Verfahren fallen lassen. Also bindet den Herrn Staatsminister sein eigenes Versprechen an den öffentlichen Widerruf. Es bindet ihn daran die Rücksicht auf die eigene Ehre und Stellung. Ich, mein Ordinariat haben ein Recht darauf, ihr selbst habt ein solches, geliebteste Mitbrüder, ein Recht auf den Widerruf des Herrn Staatsministers gegenüber eurem Bischof. Ein Recht auf denselben haben auch die Vertreter des bayerischen Volkes, in der hohen Versammlung die grundlose Behauptung in wichtigem Augenblick gegen mich gemacht worden. Den Widerruf erwartet endlich das ganze Land, erwartet die Welt.

10. Es kann schließlich nicht meine Absicht sein, all' die Erwägungen euch nahe zu legen, welche sich von selbst aus der gemachten Darstellung ergeben. Wie, wenn Niemand in der Kommission gerufen hätte: Wer, Wer? Namen! wenn ich nicht mit allem Nachdruck die Sache sofort in die Hand genommen hätte? wenn ähnlich auch in allen anderen Fällen berichtet und behauptet würde? — Solche und ähnliche Erwägungen lassen sich leichter machen als aussprechen.

Aber einen Punkt wiederhole ich am Ende dieser zweimonatlichen Verhandlungen. Ich habe meinen offenen Brief vom 18. October geschlossen mit den Worten: Widerruf oder Beweis! Heute muß ich schließen: Nachdem in dieser Sache ein Beweis nicht erbracht worden ist: bleibt der Widerruf eine Pflicht der Ehre und Gerechtigkeit!

Gegeben zu Regensburg, am Feste des heil. Apostels Thomas den 21. Dec. 1875.

† Ignatius,
Bischof von Regensburg.

Deutschland.

* Berlin, 26. Dec. Die Gesetzesvorlage über die Vernehmung des Reichskanzlers, der Minister und Abgeordneten als Zeugen oder Sachverständigen, von welcher der Reichskanzler in der letzten Soiree gesprochen und die durch die Vorladung des Fürsten Bismarck u. s. w. behufs Ablegung eines Zeugnisses über den Replikensfonds in dem letzten Prozesse der D. Reichs-Zeitung provozirt worden ist, lautet:

§ 1. Der Reichskanzler, die Minister, die Mitglieder des Bundesrathes und der obersten Reichsbehörden und die Mitglieder der Ministerien können nur an ihrem Amtssitze oder, wenn sie sich außerhalb desselben aufhalten, nur an ihrem Aufenthaltsorte, die Mitglieder einer deutschen gesetzgebenden Versammlung während der Sitzungsperiode und während ihres Aufenthaltes am Orte der Versammlung nur an diesem Orte als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden. — § 2. In einer Abweichung von den vorstehenden Bestimmungen bedarf es: in Betreff des Reichskanzlers der Genehmigung des Kaisers, in Betreff der Minister der Genehmigung des Landesherren, in Betreff der Mitglieder des Bundesrathes der Genehmigung desselben, in Betreff der übrigen vorbezeichneten Beamten der Genehmigung ihres unmittelbaren Vorgesetzten, in Betreff der Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung der Genehmigung der letzteren. — § 3. In soweit nach den Bestimmungen des § 1 das persönliche Erscheinen eines Zeugen oder Sachverständigen vor dem erkennenden Gerichte nicht stattfindet, tritt die Vernehmung des über seine Aussage aufgenommenen Protokolls die mündliche Vernehmung.

In den Motiven heißt es: Die nach den meisten in Deutschland geltenden Proceßgesetzen bestehende allgemeine Pflicht, auf Vorladung als Zeuge oder Sachverständiger vor Gericht zu erscheinen — welche Pflicht sich zufolge des Reichsgesetzes vom 31. Juni 1869, betreffend die Gewährung der Rechtshilfe, auf jedes deutsche Gericht erstreckt — ruft für die im § 1 bezeichneten Personen nicht selten eine unvermeidliche Collision mit amtlichen oder andern öffentlichen Pflichten hervor. Dies tritt namentlich dann ein, wenn der Geladene nach einem auswärtigen Orte gerufen wird, während eine solche Entfernung dem dienstlichen oder öffentlichen Interesse widerstreitet. Für dergleichen Fälle erscheint es um so mehr geboten, einen vermittelnden Ausweg zu schaffen, als die durch die bloße Ladung als Zeuge oder Sachverständiger bedingte Verpflichtung des Erscheinens auch die Möglichkeit des Mißbrauchs bietet. Je nachdem die Vorladung mehr oder weniger von dem willkürlichen Belieben einer Partei abhängt, ist neben der Möglichkeit der Schicane auch die Möglichkeit des Versuches gegeben, mittels solcher Ladung Beamte zeitweilig ihrer amtlichen Thätigkeit und Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung der Theilnahme an bestimmten Sitzungen zu entziehen. Die Verbindlichkeit der Kostenpflicht kann als ein ausreichendes Sicherungsmittel hergegen nicht gelten. Das Bedürfnis, in der angegebenen Richtung Vorbeuge zu treffen, wird sich darauf beschränken lassen, daß die bezeichneten Personen durch die Vernehmung — von besonderen Umständen abgesehen — nicht veranlaßt werden sollen, sich vom Orte ihrer Verwöhnlichkeit, bez. ihres Aufenthaltes zu entfernen. Dies bedingt die in § 1 getroffene Verfügung, durch welche im Uebrigen die bezeichneten Vorrichtungen über die Art und Weise der gerichtlichen Vernehmung nicht alterirt werden. In soweit ein berechtigtes Interesse an der Abklärung der in Frage stehenden Personen obwaltet, wird demselben durch die bloße Beschränkung der Vernehmung auf den Ort des Aufenthaltes in den meisten Fällen auch dann Genüge geleistet sein, wenn dabei eine Abweichung von den Proceßvorschriften über persönliches Erscheinen vor Gericht stattfindet. In dieser Hinsicht kann darauf verwiesen werden, daß nach dem Proceßregeln solche Abweichung auch dann zugelassen wird, wenn dem persönlichen Erscheinen eines Zeugen oder Sachverständigen andere thatsächliche Hindernisse entgegenstehen. Lassen besondere Umstände es geboten erscheinen, im einzelnen Falle von den Bestimmungen des § 1 abzugeben, so bietet § 2 hierfür den Weg; die Bedingung eingeholter Genehmigung wird geeignet sein, neben dem Bedürfnisse der Sache gleichzeitig das öffentliche oder dienstliche Interesse entsprechend zu wahren. Die im § 3 getroffene Anordnung bildet eine nothwendige Ergänzung für jene Proceßgesetze, welche die Verbindlichkeit und Vernehmung der Aussagen von nicht persönlich erschienenen Zeugen nur in ausordentlich bestimmten Fällen gestatten.

* Berlin, 25. Decbr. Unter diesem Datum geht uns von hier folgendes anonyme Schreiben zu:

Zu vernichten! Die pp. Redaction wird darauf aufmerksam gemacht, daß der in der „Deutschen Eisenbahngitung“ (Nr. 52) enthaltene Artikel: „Zur Diplomatenhege“ nicht diejenige Tendenz hat, welche er zu haben vorgibt, nämlich die Absichten des Reichskanzlers zu fördern, indem die wirkliche Tendenz, nämlich die Absichten nicht zu fördern, aus Rücksicht auf Lessendorfs Verhältnisse ist. Nach dem Sage: Wer Anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein, wird verlangt, daß dem Reichskanzler die Fonds für handelsmäßige Erhaltung der Diplomaten, d. h. der Verbredner, nicht mehr bewilligt werden sollen. Außerdem wird die pp. Redaction ermahnt, daß die dem Grafen Arnim in obigem Artikel gemachten Vorwürfe eine Persiflage enthalten auf die vom Reichskanzler ihm gemachten Vorwürfe.“ Wir haben es hier wohl wieder mit einem Pressmandöver zu thun. Es ist uns vollständig unerfindlich, was wir mit dieser Instruktion anfangen sollen, zumal es uns höchst gleichgültig

ist, ob die „D. Eisenbahngitung“ die Absichten des Reichskanzlers fördert, oder nicht fördert“ und wie und was man in gewissen Kreisen über die Artikel der „D. Eisenbahngitung“ denkt.

Ueber die Ausführung der Idee des Ankaufs der gesammten Eisenbahnen Deutschlands durch das Reich bemerkt die Nordd. Allg. Ztg.:

„Die Schwierigkeiten der Realisirung dürften weniger groß und unüberwindlich sein, als von manchen Seiten beschränkt wird. Namentlich die Sorge, daß dem Reich durch den Ankauf der Bahnen eine gefährliche Last auferlegt und der Geldmarkt in neue Bedrängniß geführt werden würde, ist unbegründet. Mit Hilfe des Rentenlehrens und des allgemeinen Vertrauens sowohl zu dem Unternehmen selbst wie in das Reichsfinanzwesen wird die Umwandlung der Besitztümmer ohne irgend eine Erschütterung des Geldmarktes und ohne Ansprüche an dessen Leistungen vollzogen werden können. Wenn dadurch der Speculation ein ausgedehntes Gebiet entzogen und dem soliden Kapitalisten die nach dem Staat besonders erwünschte sichere Anlage geboten wird, so wird damit eine wohlthätige Verübung des Geldmarktes eintreten und der industriellen Production neben billigeren Tarifen auch das Kapital zugänglicher gemacht.“

Hieraus scheint der Plan, der bekanntlich in seinen Umrissen zuerst auf einer Bismarck-Soiree hervortrat, sich schneller als man glaubte, zu einer legislatorischen That verdichten zu sollen.

Zur Frage des Erwerbs der Eisenbahnen für das Reich geht folgender Artikel aus den Preßbüreaus durch die aus denselben gezeichneten Blätter. Wir entnehmen ihn dem Hannoverischen Courier:

„Es steht außer Zweifel, daß beinahe alle Factoren der Staatsgewalt dem Plane einer Erwerbung der Eisenbahnen für das Reich näher getreten sind. Zwei Entwürfe sollen vorhanden sein, deren einer in umfassender Weise den finanziellen Theil der Aufgabe einer Lösung entgegenführt, welche im preussischen Staatsministerium mit Befriedigung aufgenommen worden sein dürfte. Es würde sich dabei nicht um einen Ankauf der preussischen Eisenbahnen, sondern um eine jährliche Rente handeln, welche den Unternehmern nach den Durchschnittserträgen der früheren Jahre überwiesen werden soll. Der zweite Entwurf beschäftigt sich in umfassender Weise mit den Staats- und Privatbahnen der übrigen Bundesstaaten. Die Stellung der letzteren zu dem Projecte, welches eine bedeutungsvolle Nachfrage der deutschen Reichsgewalt in sich schließt, ist derzeit nur so weit bekannt, als sich einzelne Bundesbeamtete darüber äußerten. Obwohl sie ohne Instruktionen über den Gegenstand waren, so glaubten doch einige ihrer hervorragenden Mitglieder annehmen zu müssen, daß die Schwierigkeiten des Projectes in Berlin unterschätzt zu werden schienen. Offenbar wird man insofern begreifen, daß es dem jungen Reiche nicht geizig, vor großen Dingen um großer Schwierigkeiten halber zurückzuducken. Was außerdem einem Minister der alten Particularstaaten schwierig erscheint, gewährt, vom Reichstandpunkte angesehen, jedenfalls einen glatteren Anblick.“

Die Vertreter der größeren Mittelstaaten haben sich aber gegen die Reichsbahnen erklärt: So melden die „Dresd. Nachr.“ der sächsische Minister von Friesen habe sich in einer ausführlichen Eingabe an das Reichskanzleramt gegen den Gedanken ausgesprochen.

In der vorletzten Nummer der „Grenzboten“ vom 17. d. Mis. berichtet der in parlamentarischen Kreisen wohlbekannte (C.-r.)-Correspondent über die Behandlung des Antrages Hoffmann im Reichstage. „Der Antrag“, so läßt sich der Correspondent vernommen, „hätte die einmütige Ablehnung aller nationalen Fractionen verdient. Er ist auch in namentlicher Abstimmung von 142 gegen 127 Stimmen abgelehnt worden. Aber einzelne Nationalliberale stimmten für den Antrag, darunter trauriger und unbegreiflicher Weise Herr v. Forckenbeck. Uebrigens andere Nationalliberale enthielten sich der Abstimmung, weil sie mit Vaster den Antrag an die Commission zur Berathung der Reichsjustizgesetze verweisen wollten. Der Antrag Hoffmann, führt der Correspondent weiter aus, wäre von der Fortschrittspartei unmittelbar gegen den Reichskanzler gerichtet gewesen, seine Annahme hätte das Verwöhnniß mit der jetzigen Reichstagsmehrheit noch vermehrt. Nimmt dieses in Folge der Strafsachenverhandlungen Zernwöhnniß seinen Fortgang, so würde die Parole der nächsten Wahlen lauten: Die Bismarck! Die Nationalliberale! Aber die nationalliberale Partei mühte bis zur nächsten Wahl zerfallen. Da aber der Antrag Hoffmann formell abgelehnt worden und folglich auch die Majorität formell noch (!) für den Reichskanzler ist, so könnte, wenn eine das Verwöhnniß vermeidende Behandlung bei der Strafsachenverhandlung gefunden würde, der angeordnete Verlauf abgelenkt werden. In der That sind jedoch die Elemente, welche die jetzige nationalliberale Partei bilden, so disparat, daß die Trennung derselben früher oder später doch unvermeidlich ist. Der größte Theil der Partei ist liberal-conservativ, gefährt wird aber die Partei in der Regel von höchst talentvollen Männern, von denen die Mehrzahl nach ihren politischen Grundzügen die Fortschrittspartei führen sollten.“

Der General-Post-Director Dr. Stephan ist zum General-Postmeister, der Geheimde Oberpostrath Wiebe zum Director des General-Postamts und der Geheimde Ober-Postrath Budde zum Director des General-Telegraphen-Amtes ernannt worden.

* Badern, 26. Dec. Der „Kib.-Vote“ veröffentlicht wieder einmal ein Manneswort, nämlich das Schreiben des Herrn Professors Dr. Rebbert an den Buchhändler Schönigshausen:

„Die Stellung, welche Sie dem Herrn Hymly gegenüber eingenommen und speciell in diesen Tagen durch Ihre ganz freiwillige, positive Coöperation zu dessen amtlichen „Verordnungsbücher“ bezeugt haben, läßt mich als unabwiesbare Pflicht erkennen, die Redaction der in Ihrem Verlage erscheinenden „Blätter für kirchliche Wissenschaft und Praxis“ niederzulegen, wie hiermit geschieht.“

In dem großen und erhabenen Prinzipienkampfe, den unsere h. römisch-katholische Kirche und in ihr an hervorragender Stelle die so schwer geprieglte Dödiel des h. Liborius durchzutämpfen hat, glaube ich, auch der bloßen Möglichkeit der Annahme vorzuziehen zu müssen, als ob ich persönlich in Rede stehendes Verhalten nicht ganz entschieden mißbilligte. Mein Standpunkt im heiligen Prinzipienkampfe ist ganz und ungetrübt der des ultramontanen „Liboriusboten“, mit dessen Grändern, dem hiedern Domvikar Schröder, mich auf voller Hochachtung beruhende treue Freundschaft verbindet.“

* Stuttgart, 26. Dec. Das „D. Volksbl.“ veröffentlicht den Hirtenbrief des Herrn Bischofs v. Hefele über die Civilehe. Die „Allg. Ztg.“ scheint etwas Besonderes darin zu finden und läßt sich eine Skizze des Erlasses telegraphiren; derselbe enthält aber nichts weiter, als die einfache und correcte Darlegung des katholischen Standpunktes gegenüber der Civilehe, wie ihn Dogma und Kirchenrecht vorschreiben.

* Augsburg, 26. Dec. Das Berliner Wolffsche Telegraphen-Bureau gibt sich zur Verbreitung folgender officiöser Nachricht her:

Der „Allgemeinen Ztg.“ wird aus München in der Angelegenheit des Cultusministers v. Lutz und des Bischofs von Regensburg, v. Schreiber, gemeldet: Nachdem der Cultusminister den Beweis seiner Behauptungen durch die Aussage des Erzbischofs von Bamberg, v. Schreiber, erbracht (sic!) glaube (!) und auf weitere Zeugenaussagen verzichtet habe, bestche auch der Bischof von Regensburg nicht mehr auf einer Fortsetzung des Verfahrens. Die Vernehmung weiterer Zeugen werde daher unterbleiben.

* Wien, 26. Dec. Der Angriff der Berliner „Provinzial-Correspondenz“ gegen Schermerling hat hier einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die officiöse Pol.-Corr. läßt sich aus Berlin telegraphiren, daß man in dortigen politischen Kreisen die Auslassung „als einen geschildert ergriffenen Anlaß interpretire, um mit der Kritik der Schermerling'schen Politik gleichzeitig dem vollen Vertrauen zu der Politik des Grafen Andrassy Ausdruck zu geben.“ Diesen merkwürdigen Standpunkt nehmen die anderen Blätter nicht ein.

* Wien, 26. December. Graf und Gräfin Chambord werden am 29. d. Mis. Frohsdorf verlassen, um zunächst einige Tage in Graz bei der Erzherzogin Maria Beatrix, der Mutter Don Carlos', zu verweilen und dann ihren Winteraufenthalt in Görz zu nehmen.

* Wien, 24. December. „Wie der Neuen Freien Presse“ aus Teschen gemeldet wird, hätte der Fürstbischof Dr. Förster daselbst ein großes Haus mit Garten angekauft.“ Warum mag Wolffs Bureau Vorstehendes wohl für werth halten, in alle Welt hinaus zu telegraphiren?

* Prag, 23. December. Gestern fanden abermals Arbeiter-anstellungen vor dem Hause des Strousberg'schen Maschinenbauers, Dr. Krug, statt. Die Polizei zerstreute die Hausen, und die Arbeiterdeputationen erhielten die Zusicherung, daß zu den Feiertagen für sie nach Möglichkeit werde gesorgt werden. — In der kändlicher Malzfabrik kam es zu großen Arbeiter-Ereignissen, wobei Defen, Thüren, Mobilar und Fensterrahmen im

Zimmer des Fabrikverwalters demolirt wurden. Der Bezirks-Hauptmann mußte mit Gendarmen einschreiten.

Wien, 26. Dec. Der Dzien. P. erhielt aus Rom die Nachricht, daß während des März-Conkistoriums der Limberger ruthenische Erzbischof Sembratowicz den Cardinalsstuhl bekommen werde, und zwar in Anerkennung seiner Verdienste um die unirte griechisch-katholische Kirche, um die von den Russen verfolgten ruthenischen Geistlichen aus der Gabeliner Diöcese, und in Anerkennung seiner Thätigkeit wider die um sich greifende schismatische Propaganda. Den Cardinalsstuhl soll ein specieller Legat des hl. Vaters und das Buzetto ein Officier der päpstlichen adeligen Garde überbringen.

Italien.

Rom, 22. December. Der Lord Major von Dublin, Mr. M. Sweeny, ist gestern durch Monsignore Nardi dem Papst in Privataudiens vorgestellt worden. Pius IX. unterhielt sich mit seinem irischen Gaste länger als eine Stunde. Heute hat der feierliche Empfang des Herrn M. Sweeny und der ihn begleitenden irischen Obediente im Vatikan stattgefunden.

Rom, 24. Decbr. Der Papst nahm gestern die Glückwünsche der Cardinale entgegen und hielt eine Allocution an dieselben, in der er seine Hoffnung auf den baldigen Triumph der Kirche ausdrückte. — Wie es heißt, will die Linke der Kammer ein Manifest veröffentlichen, welches die historische Entwicklung Italiens seit 1871 und ein politisches Zukunftsprogramm enthalten soll. — Die Meldung einiger römischer Blätter über einen beabsichtigten Garnisonswechsel der Gendarmen-Brigaden, entbehrt jeder Begründung.

Rom, 26. Dec. Die Konferenzen wegen Trennung des Südbahnhahes werden, wie hiesige Zeitungen bestätigen, in nächster Woche in Wien stattfinden und werden dabei der vormalige Finanzminister Sella und Rothschild als Bevollmächtigte fungiren.

Frankreich.

Paris, 26. December. In dem Berichte des Deputirten Paris wird als Termin für die Senatorenwahlen der 30. Januar und für die Wahlen zur Deputirtenkammer der 20. Februar 1876 beantragt. — Die ottomanische Bank löst laut amtlicher Bekanntmachung den Januarcoupon mit 12 Frs. 50 Centimes ein.

Paris, 26. December. Dem „Soir“ zufolge sind die commandirenden Generale sämtlicher 18 französischer Armeecorps für den 7. Januar nach Paris beordert worden, um einer Berathung im Kriegsministerium beizuwohnen.

Paris, 26. December. Der Vicomte de La Guéronniere ist am 23. d. Abends an Gehirnblutung gestorben; der Marquis von Saint-Georges, Verfasser zahlreicher komischer Opern, und Herr Jubinal, bekannt als Publicist und Deputirter unter dem Kaiserreich, sind gleichfalls, letzterer an Brustfellentzündung, gestorben.

Paris, 26. Dec. Wie die Agence Havas' erfährt, hat der Marschallpräsident an den Minister Buffet anlässlich seiner in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung gehaltenen Rede ein Schreiben gerichtet, in welchem er ihn beglückwünscht, weil er in derselben die wahren Conservativen klar gekennzeichnet habe, an welche die Regierung sich wende und welche sich vorzugsweise und ausschließlich den Interessen Frankreichs widmen und die Eingetretten in den neuen Kammern erhalten würden.

Paris, 26. Dec. Wie die Agence Havas' meldet, hat Thiers die Kandidatur für die Senatorenwahl im Departement Belfort angenommen. Eine Kandidatur in jedem anderen Departement aber abgelehnt. — Nach einer heute aus Kairo eingelangten Meldung ist Prinz Hassan von Egypten gestern nach Aethiopien abgegangen.

Verailles, 24. Dec. Nationalversammlung. Die Berathung über die noch übrigen Bestimmungen der Vorlage betreffend die Eintheilung der Wahlbezirke wurde zu Ende geführt und trat die Versammlung sodann in die Berathung der das Pressegesetz und die Aufhebung des Belagerungszustandes betreffenden Vorlage ein.

Der Berichterstatter der Kommission, Albert Grévy, beantragte, die beiden Fragen von einander zu trennen und sprach sich gegen die Annahme der Pressegesetzvorlage, aber für die Aufhebung des Belagerungszustandes in ganz Frankreich aus. — Nach dem Berichterstatter Grévy nahm der Minister des Innern, Buffet, das Wort und wies darauf hin, daß die Regierung ihr Programm mit Hilfe der konservativen Majorität durchgeführt habe. Daß diese Majorität besiegt worden sei, glaube er nicht, denn die neue Majorität, welche die Senatorenwahlen der Nationalversammlung zu Stande gebracht habe, sei machtlos, denn aus welchen Elementen bestehe diese Majorität? und welches sei ihr Programm? Buffet trat dann für das Pressegesetz ein und wies die Notwendigkeit nach, daß der Belagerungszustand partiell fortbestehe. Es bestehe zwar die materielle Ordnung in Paris, in Lyon und Marseille, aber die Geister seien erregt, bei einer unbedingten Pressefreiheit seien Unruhen möglich; dieselben würden zwar unterdrückt werden, aber das Land würde doch in Verwirrung verfallen und gehindert sein, die bevorstehenden Wahlen mit der erforderlichen Ruhe vorzunehmen.

Buffet wendete sich in seiner Rede sodann gegen die Konservativen, die es zu Gewaltthaten kommen lassen wollten, damit das Land dadurch über die Lage aufgeklärt werde und sprach sich überhaupt gegen eine Politik aus, die dadurch, daß man das Schlimme zum Uebermaß treibe, das Gute hervorbringen strebe. Die sociale Gefahr sei vorhanden und das Land müsse dessen wohl bewußt sein, diese Gefahr könne aber beschworen werden, wenn das Land sich nicht selbst aufgeben und wenn es nicht aufgegeben werde von der Regierung. Es sei durchaus nicht notwendig, daß der Schrecken, welcher aus Ausschreitungen hervorgehe, sich der Gemüther bemächtige und daß eine Diktatur wiederkehre. Eine Einigung der konservativen Elemente in Bezug auf die Wahlen sei daher dringend notwendig. Die Verfassung vom 25. Februar sei noch nicht erprobt, die Erfahrung allein werde zeigen können, ob sie das letzte Wort politischer Weisheit sei; aber diese Verfassung sei das Gesetz des Landes und mit den durch sie geschaffenen Institutionen müßten alle Rechte und alle Interessen gewahrt und verteidigt werden. Zum Schluß forderte Buffet alle Konservativen auf, ihre Uneinigkeiten bei Seite zu lassen und gemeinsam die der Gesellschaft feindlichen Elemente zu bekämpfen. An der Spitze der Regierung stehe zwar ein erlauchter Mann, dessen Loyalität und Muth bewährt seien; aber das Land müsse ihm auch Männer zusetzen, die geeignet seien, mit ihm die Politik der Ordnung und der Erhaltung der sozialen Verhältnisse weiter zu führen und die bereit seien, dem Sieger von Magenta, der niemals ein gelährtes Werkzeug der rabulischen Verlogenheiten sein werde, ihre Unterstützung zu leisten. — Nach der Rede Buffet's trat eine kurze Unterbrechung der Sitzung ein. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen erhielt Laboulaye das Wort, der sich gegen die Pressegesetzvorlage erklärte und Buffet gegenüber bemerkte, daß dieser den Marschall anbiere ohne die Republik, während die Nationalversammlung den Marschall mit der Republik wolle. Justizminister Dufaure sprach sich für das Pressegesetz aus und erklärte die Verammlung, die Regierung während der bevorstehenden Wahlperiode ihrer Waffen nicht zu berauben und die Frage der Aufhebung des Belagerungszustandes nicht von der Pressegesetzvorlage zu trennen, die keinen anderen Zweck habe, als die volle Freiheit der Wahlen zu sichern. Nach dem hierauf noch Louis Blanc zum Worte gekommen, wurde mit 376 gegen 303 Stimmen beschlossen, daß das Pressegesetz und die Frage wegen Aufhebung des Belagerungszustandes nicht von einander getrennt werden sollen.

England.

London, 26. Dec. Wie dem „Neuter'schen Bureau“ aus New-York gemeldet wird, hat der Papst genehmigt, daß Kunstwerke aus seinem Besitze zur Weltausstellung nach Philadelphia gesendet werden.

London, 24. Dec. Bei der fortgesetzten Untersuchung des Handelsamts über den Untergang des „Deutschland“ sprach der Vorsitzende des Gerichts zunächst den Wunsch aus, daß der Kapitän Bridesheim, da die Schiffsapostate verloren gegangen, ein neues Logbuch aus dem Gedächtnis anfertigen, auch über die von ihm und Anderen zum Zweck der Bergung des Eigenthums gemachten Anstrengungen Beweis beibringen möge. Daraus wurde das Verhör mit Vernehmung der Oberingenieur's Reinhold Schmidt und des Hochbootsmanns August Bod fortgesetzt. Der Bootse Harweg sagte aus, die Nacht sei sehr stürmisch gewesen, er habe das Leuchtfeuer ebenfalls für das Nord-Hinter-Feuer angesehen. Die Nacht sei finster gewesen, er habe geglaubt, daß das Schiff den richtigen Cours steuere. Tausend und Boote hätten sich in guter Ordnung befunden, eine Flottmachung der letzteren hätte sich als nutzlos herausgestellt, weil ganz sicher die Verschleppung derselben eingetreten sein würde. Das Schiff sei als verloren zu betrachten gewesen, eine Bergung seitens der Fischer erscheine daher berechtigt, voraus-

gesetzt, daß das geborgene Gut an das Bergamt abgeliefert werde. Das der Untersuchung beizuhörende Mitglied des Handelsamts, Bonen, machte hierbei die Mitteilung, daß bereits viel geborgenes Gut abgeliefert worden sei, welche Erklärung seitens des Anwalts der deutschen Regierung, Butt, und des Beraters der Abwehr, Cohen, mit Befriedigung entgegengenommen wurde. Daraus folgte das Verhör des Steueramts des Rentiers Knod-Feuerbachs, Stephen Page, welche angab, er habe am Montag, Morgens um 9 1/2 Uhr, den Rothlauf des „Deutschland“ entdeckt, die Kanonen abgefeuert und beim Dunkelwerden Raketen steigen lassen. Mittags sei ein Dampfer vorbeigefahren, der zwar nicht hätte helfen können, der jedoch mit dem Feuererschiff hätte sprechen und mit Her kommunizieren können. Die Sitzung schloß mit dem Verhör des Zeugen Rudolph aus Bremerhafen, der über die Adjustirung der Kompassse vernommen wurde und versicherte, daß die Kompassse richtig gewesen seien.

Der Ausruf in Südost-Europa.

Berlin, 26. Dec. Privatnachrichten aus Wien zufolge, die aus guter Quelle stammen, wenn sie auch selbstverständlich nicht vollständig verbürgt werden können, soll die Garantie für das Reformprogramm der Wäcker namentlich darin bestehen, daß die Ausführung der vorgeschlagenen Reformen für die aufständigen Provinzen unter die permanente Controle der Vorkämpfer aller sechs Garantienämder in Constantinopel gestellt würde. Lausanne, 26. Dec. General Paulowitsch, Delegirter der sogenannten Nationalregierung der Herzegowina, ist hier eingetroffen. Derselbe führt ein Memorandum an die Großmächte mit sich, welches die Anerkennung der Insurgenten als kriegsführende Macht fordert.

Die „N. fr. Presse“ bringt aus Ragusa vom 17. December das folgende Telegramm: „Gestern Nachmittag ließ der Insurgentenführer Luca Petrowich auf der Straße nach Trebinje einen österreichischen Soldaten und einen dalmatinischen Bauer tödten und ihnen die Köpfe abschneiden. Hierüber herrscht unter den Bewohnern von Trebinja große Erbitterung, und sie haben heute Morgen den hiesigen Behörden eröffnet, daß, wenn die herzogoninischen Flüchtlinge nicht bis heute Abend aus dem Districte ausgewiesen werden, dieselben niedergemacht würden. Zur Beruhigung der aufgeregten Gemüther wurde ein Beamter und Gendarm nach dem Districte von Trebinja abgesendet.“

Belgrad, 26. Dec. Die amtliche Zeitung veröffentlicht den Wortlaut eines eigenhändigen Schreibens des Fürsten von Montenegro an den Fürsten Milan in Beantwortung des Handbills, in welchem der letztere seine Vermählung mit Fräul. Kathaline von Keko angezeigt hatte. Fürst Nikita sendet „seinem lieben Bruder“ seinen Gruß, wünscht ihm ein langes, glückliches Leben und spricht die Hoffnung auf dauernde Freundschaft zwischen den Fürsten und Bältern von Serbien und Montenegro aus. „All mein Streben“, sagt Fürst Nikita, „wird der Erreichung dieses Zieles gewidmet sein.“

Constantinopel, 26. Dec. Hussein Aoni Pascha ist zum Bai von Brussa ernannt worden. Der Handelsvertrag zwischen der Türkei und Perlien ist heute unterzeichnet worden.

Constantinopel, 26. Dec. Das Gerücht, daß Graf Tschir, der österreichische Gesandte, dem Sultan gerathen haben soll, die Feindseligkeiten in der Herzegowina einzustellen, wird hier selbst officiös dementirt. Der Sultan ist vielmehr entschlossen, den Kampf mit der größten Energie zu unterdrücken. — Abdul-Kaziz hat dem britischen Vorkämpfer, Sir G. S. Elliot, in der Audienz am letzten Sonnabend in aller Form erklärt, daß das neue Reformproject nur in den vollkommen beruhigten Districten in Kraft gesetzt werden soll.

Cairo, 26. Dec. Der englische Dampfer „Tantah“ hat am 11. d. Mts. Aken in Route nach der Westküste von Afrika verlassen, um von dem Rhedive Instruktionen für den Admiral Mac-Rillop Pascha zu empfangen, welcher unmittelbar mit allen unter seinen Befehlen stehenden Schiffen nach Suez zurückkehren soll. Alle Streitigkeiten zwischen dem Rhedive und dem Seyid von Zanjibar sind daher jetzt beendet.

Der „Polit. Correspond.“ wird aus Ragusa geschrieben: „Schon vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß ein Theil der Insurgenten gegen Kef in Anzuge sei, um die dort stattfindenden türkischen Proviandauslieferungen womöglich zu hindern. In Wirklichkeit haben sich die Insurgenten Kef bereits so sehr genähert, daß ihre Streifpatrouillen schon allenthalben auftauchen. Die Türken, davon in Kenntniß gesetzt und beunruhigt, haben die Ausschiffungen in Kef einstellen lassen. Demzufolge wurde der so eben eingetroffene türkische Kriegsdampfer „Giani“ nach Gravosa dirigirt, um dort die mitgebrachten Proviandvorräthe auszuliefern, wenn die österreichische Regierung hierzu ihre Bewilligung gibt. Nachgeholt wurde letztere bereits, ertheilt ist sie zur Stunde noch nicht. — Am 19. d. überschritt eine Abtheilung vom Insurgentencorps des Kubobratie die Trebinica und überfiel ein türkisches Schlachtschlachtkommando unter Hussein Bey bei Palanta. Die Türken flohen auseinander und ließen 270 Stüd Schlachtwich in den Händen der Insurgenten. Raouf Pascha ist mit seinen ganzen disponiblen Streitkräften aufgebrochen, um die Festung Niksic neuerlich zu verproviantiren, was insofern auffällig ist, als es erst kaum drei Wochen sind, daß er eine gleiche Verproviantirungsexpedition nach Niksic unternahm, welche den Zweck hatte, die genannte Festung mindestens auf drei Monate gegen eine Kuschungerungscapitulation zu sichern. Wie aus Bosnien hierher mitgetheilt wird, soll der erste Eindruck des dort publicirten neuesten Reform-Trabes auf die mohamedanische Bevölkerung ein äußerst ungünstiger gewesen sein. In Travnik fand eine Versammlung von Bey und Aga's statt, bei welcher wegen der Reform-Trabes sehr harte Worte fielen. Diese Moslems glauben eher an Alles, als an die Möglichkeit, daß sie ihrer ererbten und von den Pashah's vertriebenen Vorrechte verlustig werden sollen. Wenn es mit der Durchführung der Trabes Ernst werden sollte, wer weiß, welche bisher ungeachtete Schwierigkeit der Pforte von der mohamedanischen Bevölkerung erwachsen werden.“

Vermischte Nachrichten.

K' Bonn, 27. Dec. In der Sitzung des k. n. l. Jagdpolizeigerichts vom 24. d. wurde gegen den früheren Redacteur dieser Zeitung, Herrn von Ayz, und den Berleger derselben, Herrn Peter Hauptmann, das vor acht Tagen ausgelegte Contumacialurtheil wegen der durch Reproduction eines Artikels der „Frankfurter Zeitung“ „Zeugniswahn und Reptilienfonds“ in Nr. 91 der „Deutschen Reichszeitung“ angeleglich verübten Beleidigung des preussischen Staatsministeriums gefällt. Es lautete wegen vernachlässigter Obfolge gegen Herrn von Ayz auf eine zehnjährige Gefängnißstrafe von drei Monaten, gegen Herrn Hauptmann auf eine solche von drei Wochen, letzte dem ersteren zwei, dem letzteren ein Drittel der Kosten zur Last, sprach ferner der klägerischen Seite die Befugniß zu, das Dispositiv des Urtheils unter den belangten Befehlshängenden einmal durch den „Staats-Anzeiger“ und durch die „Deutsche Reichs-Zeitung“ auf Kosten des Verurtheilten bekannt machen zu lassen, sprach dagegen Herrn v. Ayz von der Befugniß, öffentlich falsche Thatsachen verbreiten zu haben u. (S. 131 des St.-G.-B.) frei.

Köln, 26. Dec. Am Samstag wurde auf Anordnung der Behörde der Ombudsberger Julius Harff wegen Kränklichkeit zeitweilig aus dem Arresthause entlassen: eine Begnadigung ist damit nicht verbunden, sondern nur eine provisorische Einstellung der Strafvollstreckung.

Köln, 26. Dec. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt: „Am katholischen Gymnasium zu St. Aposteln in Köln haben gestern die Weihnachtsferien begonnen. Die Eltern der katholischen Schüler dieser Anstalt wurden nicht wenig überrascht durch ein eigenhändiges Weihnachtsgeheugen, welches ihren Kindern von dem Lehrercollégium in Form eines Classenzugriffes eingehändig worden ist. Sind wohl jemals, so lange die heil. Stadt Köln steht, so lange es höhere Schulen und Gymnasien in derselben gegeben hat, Classenzugriffe ausgeschrieen worden mit der Rubrik an der Spitze: „Religionslehre — Vacat“ (wegen Beurlaubung des ordentlichen Religionslehrers bis jetzt ausgefallen)? Wie Jedermann hierorts bekannt ist, hat Herr Dr. van Endert, weiland activer Religionslehrer des katholischen Gymnasiums an Aposteln, es für gut befunden, sich durch den Cultusminister beurkunden resp. zum commissarijchen Regierungsschulrathe nach Münster befördern zu lassen. Dagegen ist ein Nachfolger oder Vertreter des Herrn Dr. van Endert nicht ernannt worden, obgleich es an Vermählungen in dieser Richtung nicht gefehlt hat. Das Haupthinderniß soll in dessen ein materielles sein. Herr Dr. van Endert soll, weil bloß beurlaubt und provisorisch in Münster angestellt, neben den betreffenden Diäten das Gehalt des Religionslehrers am katholischen Gymnasium zu St. Aposteln in Köln vor wie nach noch fortbezogen. Die Schulverwaltung wäre somit nicht in der Lage, einen Vertreter aus ihren Fonds zu honoriren. Sei dem, wie ihm sei! Die katholischen Familienväter fordern endlich vollständige Aufklärung und finden den gegenwärtigen Zustand unerträglich. Der ganze Sachverhalt muß der Öffentlichkeit überantwortet werden. Die Eltern wollen und verlangen für ihre Kinder Religionsunterricht, weil sie für den Religionsunterricht eben so gut wie für den Unterricht in andern Fächern bezahlen müssen. Sie werden sich so lange nicht beruhigen, bis der genannten Anstalt, die ausschließlich aus katholischen Fonds gegründet worden ist, auch ein katholischer Religionslehrer wieder gegeben wird. Ein großer Theil der Schüler des Apostelgymnasiums zieht Familienpensionen aus denselben Fonds, von denen das Gymnasium erhalten wird, und muß ausdrücklich den Nachweis liefern, daß in der Religionslehre das Genügende geleistet worden ist. Eine Anstalt, welche aus den Vermählungen unserer katholischen Altvordern gegründet worden ist und unterhalten wird, hat mehr als die allgemeine Pflicht, für den katholischen Religionsunterricht Sorge zu tragen. Gemüthsstarke Eltern haben sich genöthigt, ihren Kindern, Schüler des katholischen Apostelgymnasiums privatim Religionsunterricht erteilen zu lassen, als wenn sie inmitten der Diaperia lebten.“

Vom Niederrhein, 26. Dec. Den Schwestern des heil. Franziskus zu Capellen, welchen von Seiten der königlichen Regierung der Befehl gegeben war, bis zum 31. December das Haus und das preussische Vaterland zu verlassen, ist, wie die „Westf. Volksztg.“ meldet, ein verlängerter Termin bis zum April nächsten Jahres bewilligt worden.

Aus dem Kreise Mainz, 19. Dec. Trotz aller Kultur nehmen immer noch Schulbuben an Treibjagden Theil. So wurden am Mittwoch bei der Jagd in einem Jagdrevier 40 Jungen, darunter etwa 20 schulpflichtige, zum Treiben verurteilt und erhielten dafür à 1 Mark. Diese 20 hatten natürlich keine Erlaubniß zur Schulschulung, sie haben sich dieselbe einfallen lassen. Interessant wäre es, zu wissen, meint das Mainz. Journ., ob nicht auch die Herren Jäger, welche sich von diesen Schulbuben das Wild jagen lassen, schon dagegen geirret haben, wenn irgendwo die Schuld einer Reichenbegünstigung oder des Gottesdienstes wegen die Schule verurteilt hatten.

Boice, 23. December. Vor kurzem meldeten wir, daß die Firma St. u. Comp. am Cabell ihre katholischen Arbeiter zwang, an dem letzten katholischen Feiertage zu arbeiten. Seit einigen Tagen nun sind für die katholischen Arbeiter des Establishments folgende Ausnahmestimmungen erlassen worden: 1. Jeder katholische Arbeiter ist verpflichtet, an einem katholischen Feiertage zum wenigsten dreiviertel Tag zu arbeiten. 2. Ein jeder katholischer Arbeiter, der sich gegen den § 1 verfehlt, hat 2 Thaler Strafe zu zahlen oder wird auch eventuell sofort entlassen. 3. Arbeitet ein Katholik mit einem Andersgläubigen zusammen, so muß der Erstere auf Verlangen des Letzteren denselben das verdamnte Viertel bezahlt. Diese Bestimmungen sprechen zu sehr für sich selbst, als daß wir noch ein Wort hinzuzusetzen brauchen. Bemerken wollen wir noch, daß die Inhaber des in Rede stehenden Establishments zu den Säulen des Liberalismus in hiesiger Gegend gezählt werden.

London, 20. Dec. Als verschollen, d. h. mit Mann und Maus untergegangen, gilt das nagelneue eiserne Klippergeschiff „Gulzeon Castle“, welches am 25. Mai d. J. von Liverpool nach Melbourne abgeleget und seinen Bestimmungsort noch nicht erreicht hat. An Bord des Schiffes befanden sich außer einer Mannschaft von 50 Personen etwa 100 englische Auswanderer. Das Fahrzeug, welches eins der Packer'schen von Mr. Stinners Castle Line bildete und bei Lloyd's 100 A 1 classifizirt war, befand sich auf seiner ersten Reise.

In New York ist am 24. Nov., 84 Jahre alt, einer der reichsten Leute der Gegenwart, Astor, gestorben. Sein aus Würtemberg stammender, durch seine Freigebigkeit und Geschäftserfolge bekannter Vater hatte ihm 20 Millionen hinterlassen, die er auf 100 Millionen Dollars vermehrte. Das vollständige Vermögen geht auf seinen Sohn über.

Brüssel, 21. Dec. Nach Mittheilungen des „Organe de Mons“ beträgt die Zahl der in den Gruben von Frameries Verunglückten 122. 4 Leichname sind noch nicht aufgefunden. 11 Verwundete starben in der letzten Nacht, die 4 anderen noch lebenden Verwundeten werden laum genesen. Unter den Todten befanden sich 11 Frauen und Mädchen. Ueber die Ursache der Explosion hat man bis jetzt Genaueres noch nicht ermitteln können.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 26. Dec. Bis zur ersten Januarwoche wird so ziemlich jede politische Thätigkeit hier ruhen. Um diese Zeit bebeginnen die Sitzungen des preussischen Staats-Ministeriums zur Feststellung der Landtagsvorlagen und mit dem 7. Januar bekanntlich die erneute Berathung der Justizcommission des Reichstags. — Nach Versicherung von gutunterrichteter Seite soll der Umfang der Landtagsarbeit auf das allerdringendste Bedürfniß beschränkt werden, und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Reichstag schon im September zusammenkommen muß, um den Rest der schwebenden Arbeiten beziehungsweise das Budget für 1877 vor Ablauf der Legislaturperiode, d. h. vor dem Ende des nächsten Jahres abzuschließen. Inzwischen möchten die Reichstags-sitzungen im Spätherbst überhaupt nicht wieder vorkommen und man wird an eine Aenderung des Etatsjahres schon in nächster Zeit herantreten. Die Sache hat indeß ihre großen Schwierigkeiten, welche den Betheiligten neuerdings näher geführt worden, seitdem man begonnen hat, sich von hier aus mit den Bundesregierungen in Einvernehmen zu setzen.

Barcelona, 26. Dec. Das hiesige königliche Schloß ist durch eine Feuersbrunst verheert worden.

Benang, 25. Dec. Nach einer von General Colborne eingegangenen Meldung haben die englischen Truppen Kinta, ohne Verlust zu erleiden, besetzt. Der Insurgentenführer Jsmail ist mit dem Maharadscha Kela nach Balane geflohen.

Berlin, 24. 27.

4 1/2 % preuss. Conj.	105,50	105,40	Katowitzer	61 —	62 —
3 1/2 % Präm.-Anl.	129,90	129,90	Bonifacius	72,50	72 —
3 1/2 % Dr. Staatsb.	91,50	91,75	Centrum	43,50	43 —
Rhein-Widener	94,75	95,50	Dieg-Münch. 6 %	—	—
Rheinische	114,75	115,50	Deherr. Silberrente (6,50)	65,40	65,40
Westfäl.-Märkische	78,75	79,25	Oester.-Fronz.	53,3 —	53,30
Schwarzhauler	75,10	74,90	Lombard. Bahn	198 —	198,50
Darmstädter	118,50	119,10	Oester. Credit	344,50	351,50
Disc.-Commanbit	131,50	132,75			

Geld und Verkehr.

Köln, 24. Decbr. (Notirungen der Handelsmakler.) Weiter: schon.

Räbbl fester, per 100 Pfd. mit Faß in Eifend. eff. in Partien von 100 Str. Km. 38,00 B.

Weizen behauptet, ohne Saß per 200 Pfd. hiesiger (niedrigster Preis) eff. Km. 20,50—21,50 B., fremder 20,50—21,50 B. (Vierungsqual. à 75 Pfd. per 50 Liter.)

Roggen fester, ohne Saß hiesiger per 200 Pfd. (niedrigster Preis) eff. Km. 14,75—16,00 B. fremder 14,75—16,00 B. (Vierungsqual. à 69 Pfd. per 50 L.) Oker fester, per 200 Pfd. ohne Saß Km. 17,60 B.

Köln, 24. Dec. (Notirungen der Producentenhandler.) Weizen eff. hiesiger 20,50—21,00 Km., fremder 20,50—21,00 Km. Roggen eff. 15,00—16,00 Km. Oker eff. 18,00 Km. Räbbl eff. 38,00 Km. (Randmarkt.) Bei schwacher Zufuhr blieben Preise unverändert. Wochenzufuhr etwa 1800 Saß.

Köln, 27. Dec. (Großer Viehmarkt.) Anzahl der Ochsen 247. Preis 20—23 Thlr. per 100 Pfd. Anzahl der Kühe 268. Preis 16—18 Thlr. per 100 Pfd. Tendenz: sehr flau.

(Kleiner Viehmarkt.) Anzahl der Schweine 106. Preis 6 Sgr. — Hg bis 6 Sgr. 4 Pfg. per Pfd. Tendenz: schleppend.

Kauz, 27. Dec. Weizen 1. Qual. à 21. —, 2. Qual. 19,50, Santsroggen 1. Qual. 16,40, 2. Qual. 15,40. Wintergerste —, Sommergerste —, Oker 17. —, Buchweizen 1. Qual. 18. —, 2. Qual. —, Röhren (Avel) —, Haas —, Kartoffeln 6. —, Roggenstroh 7,50, Alles per 100 Kilo, Gen 6. — per 50 Kilo. Räbbl per 100 Kilo in Partien von 100 Str. Km. 77. —, Räbbl per 100 Kilo faßweise 79. —, Bereinigtes Del per 100 Kilo 3 Mr. höher, Preßsaß per 100 Kilo 18. —, Weizen-Vorschuß 90 per 100 Kilo 29. —, Branntwein per 100 Liter zu 50 % (ohne Kalksalz) 2. —. Zufahren schwach.

Die Mission Altona in Dölslein.

Diese Station besitzt drei Jähren die sog. Communifantenanstalt für solche Kinder aus dem weiten Umfange der Norddeutschen Mission, die am Wohnorte der Eltern keinen Glauben und keine Schule haben. Diese, die sonst zweifellos für unsere Kirche verloren wären, werden hier in den Lehren unseres Glaubens unterrichtet und zur ersten hl. Communie vorbereitet. Von den 30 Böglingen des Hauses gehen wiederum 14 nächsten Oftern mit den Kindern der Gemeinde zum ersten Male zum Tische des Herrn. Welch' ein herrliches, zeitgemäßes Institut! Allein der Unterhalt desselben ist ganz und gar an Almosen angewiesen, indem uns Fonds und andere Mittel vollständig fehlen. Eben so fehlt es mit den andern Verhältnissen unserer Mission. Für unsere 4 Schulen mit 300 Kindern müssen wir lediglich allein sorgen. Auch unsere Missionsstraße muß reparirt und decorirt werden, muß Beichtstühle, die noch gar nicht vorhanden sind, einen Tabernakel, da der jetzige als alter Kasten ganz unbrauchbar ist, und andere Utensilien erhalten. Darum ihr Freunde des Missionswesens, helfet uns mit Mitteln, das angefangene und aufblühende Werk unserer Mission zu erhalten, zu befestigen und zu vergrößern. Weitere Unterstützung wird gerne ertheilt. Gaben, auch die kleinsten, nimmt dankerfüllt entgegen

Frinrup,
katholischer Missionar.

Das Hamburg-New-York'er Post-Dampfschiff „Pomerania“, Capitain Schwennen, welches am 8. d. M. von hier und am 11. d. M. von Häre abgegangen, ist am 22. d. M. 8 Uhr Abends wohlbehalten in New-York angekommen.

Das Hamburg-New-York'er Post-Dampfschiff „Gellert“, Capitain Vorens, ging, expedirt durch Herrn August Volten, Wm. Miller's Nachfolger, mit Passagieren, Post und Ladung am 22. December via Häre nach New-York ab.

Wasserstands-Nachrichten.

Bonn, 27. Dec., Mitt. 1 Uhr. Rheinhöhe 14 Fuß 2 Zoll, gest. 22 Zoll.

Familien-Nachrichten.

Geboren: E. Hoff e. T., Düsseldorf. - W. Fraunfelder e. S., Düsseldorf. - G. A. Grede e. T., Essen. - E. Hied e. S., Iserlohn. - F. Wenzel e. S., Lindenthal. - P. A. Horschach e. S., Mülheim a. Rh. - A. Kuffermann e. Sohn, Witten.

Verlobt: J. Wolff, L. Blumenthal, Bochum. - M. Roid, L. Schreiber, Grefeld und Randersath. - G. Sedel, R. Oberdorfer, Frankfurt a. M. - E. Deming, G. Reuburg, Greiz. - G. Finkhaus, W. Holbach, Hagen. - J. Rohl, F. W. Oventrop, Gattlingen und Altena. - M. Wiemann, Dr. Weber, Dorf und Goblitz. - M. Turd, W. Brüningshaus, Adenicheld u. Berzdorf. - M. Gerninger, C. Giebel, M. Gladbach. - A. Reife, F. Scherz, Weiel.

Vermählt: G. Hagen, E. Burg, Köln. Geburten: Domcapitular J. G. S. Kinnar, Köln. - J. Wenden, Köln. - G. Th. Köh, Ehrenfeld. - N. Beckmann, Duisburg. - W. G. Log, Garzweiler. - J. Wolff sen., Kreuznach.

Gerichtlicher Verkauf. Am 28. December 1875, Vormittags 10 Uhr, sollen auf dem Römerplatze zu Bonn mehrere werthvolle Mobilien-Gegenstände meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden. Richterberg, Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung. Gemäß § 16 der Instruction vom 29. Mai 1873 über die Veranlagung der Klassensteuer wird die Klassensteuer-Rolle pro 1876 während 8 Tagen vom 1. bis incl. 8. Januar t. J. auf der Kanzlei des Rathhauses zur Einsicht offen gelegt und den Steuerpflichtigen die Einsichtnahme auch schon während der Zeit vom 27. bis incl. 31. December d. J. gestattet. Gleichzeitig wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die bisherige dreimonatliche Reklamationsfrist nach Art. IV des Gesetzes vom 16. Juni d. J. auf zwei Monate herabgesetzt worden ist. Dasselbe beginnt mit dem 9. Januar und endet am 9. März t. J. Bonn, den 17. December 1875. Das Bürgermeister-Amt.

Das Haus, welches sich für Restauration u. Wirtschaft eignet, zu verkaufen oder zu vermieten. Näh. Magistrate 47. Ein Wohnhaus vor d. Stadt mit 10. Ausz., 11 Kammern für 7000 Thlr. zu verkaufen. Off. u. K. 661 bei die Exped. Das Haus Bornheimerstraße 140 mit neuerbauter Westhälfte zu verkaufen oder zu vermieten. Näh. Franziskanergäßchen 9. Bonn, den 23. December 1875.

Ein Haus, welches sich für Restauration u. Wirtschaft eignet, zu verkaufen oder zu vermieten. Näh. Magistrate 47. Ein Wohnhaus vor d. Stadt mit 10. Ausz., 11 Kammern für 7000 Thlr. zu verkaufen. Off. u. K. 661 bei die Exped. Das Haus Bornheimerstraße 140 mit neuerbauter Westhälfte zu verkaufen oder zu vermieten. Näh. Franziskanergäßchen 9. Bonn, den 23. December 1875.

Das Haus Bornheimerstraße 140 mit neuerbauter Westhälfte zu verkaufen oder zu vermieten. Näh. Franziskanergäßchen 9. Bonn, den 23. December 1875.

Wirthschaftslocal in gelegener Straße, auch für zwei Geschäfte geräumig, unter vortheilhaftesten Bedingungen zu verkaufen. Näheres in der Expedition. [653] 2 oder 3 möbl. Zimmer (mit oder ohne Pension) in einem anständigen Hause zu vermieten. [642]

Ladenlocal nebst geräumiger Wohnung zu vermieten. Näheres Hundsgasse 11a. Bauplatz zu verkaufen vis-à-vis dem neuen Exercierplatz, 40 Fuß in der Fronte, 160 Fuß in der Tiefe. Näh. Kommanderiestr. 11.

Mit Kaiserl. Königl. Oesterr. Privilegium und Königl. Preuss. Ministerial-Approbation. Dr. Borchardt's Kräuterseife à 6 Sgr. Dr. Suin de Boutemard's Zahnpasta à 12 u. 6 Sgr. Dr. Koch's Kräuterbonbons à 10 u. 5 Sgr. Dr. Hartung's Chinارين-Oel à 10 Sgr. Dr. Hartung's Kräuterpomade à 10 Sgr. Prof. Dr. Linde's veg. Stangenpomade à 7 1/2 Sgr. Italien. Honigseife à 5 u. 2 1/2 Sgr. bei J. G. Maass, Viehmarkt.

Zanberdintenfah für gewöhnliche schwarze, violette, rothe, grüne und blaue Dinte zu 2 Rth. 80 Pfg. Apparate für schwarze und violette Copirdinte zu 3 Rth. 20 Pfg. liefert gegen Einzahlung des Betrages in Briefmarken oder mittelst Postanweisung franco durch die Post die Buchhandlung Pierre Brück in Luxemburg.

Wir machen hiermit die traurige Anzeige, daß unser lieber Vater Joseph Homann, Metzgermeister, heute Morgen, mit den h. Sakramenten der römisch-katholischen Kirche versehen, in einem Alter von 63 Jahren dem Herrn entschlafen ist. Reffenich, den 26. December 1875. Die Söhne und Töchter. Das Begräbniß und die Exequien finden zu Reffenich statt Dinstag den 28. d. M., Morgens 9 Uhr.

Holz-Verkauf zu Witterschlid. Am Donnerstag, den 30. December 1875, Morgens 11 Uhr, zu Witterschlid beim Wirth Schmitz läßt Herr J. Bod zu Bonn meistbietend auf Credit verkaufen: a) 100 Loose schwere, schöne, hochstämmige Eichen, worunter verschiedene Prachteremplare, gelegen an der schmalen Alee. b) 52 Loose Schlagholz auf der See, unterste Haide, und in Broich gelegen, alles in der Nähe von Witterschlid, an guten Abfuhrwegen. Der Förster Trimborn zeigt den Kauflustigen das Holz auf Verlangen näher an. v. Ronshaw, Notar.

Holz-Verkauf zu Duisdorf. Donnerstag den 30. d. M., Nachm. 1 Uhr, soll bei der Wirthin Ww. Sticker zu Duisdorf aus den Freiherrlich von Voefelager'schen Waldungen in der Gemeinde Duisdorf nachstehendes Holz: Im Franzenbruch: 1 Loos Schlagholz und 16 Loose Eichen-, Buchen-, Erlen- und Eschen-Stammholz. An der Keienmaar: 12 Loose Schlagholz und 4 Loose Buchen-Stammholz. An der Föchmaar: 6 Loose Schlagholz und 2 Loose Eichen-Stammholz. Am Berichensump: 3 Loose Schlagholz. Kleine Forst: 6 Loose Schlagholz und 2 Loose Eichen-Stammholz öffentlich meistbietend gegen Credit verkauft werden. Bonn, den 24. December 1875. Luhrmann, Rentmeister.

Holz-Verkauf zu Roesberg. Freitag den 7. Januar, Vormittags punkt 10 Uhr, soll beim Wirth Hubert Schmitz zu Roesberg aus den Freiherrlich von Weiz'schen Waldungen nachstehendes Holz, in der Gemeinde Roesberg, Distrikt Heisterbacherhau, gelegen, öffentlich und meistbietend gegen Zahlungsansatz verkauft werden: 1) 150 Loose schwere Kiefern- und Lerchenstämme von 1500 Stück, zu Bau- und Brand-Holz geeignet. 2) 120 Loose, 2400 Stück, zu Reffern-, Lagerbölder, Gerüststangen und Leiterbäume geeignet. 3) 30 Loose, 4000 Stück, zu Hopfenstangen, Zaunpfählen, Baumstangen und Weinspfählen geeignet. 4) 50 Loose, circa 50 Klafter Brandholz. 5) 250 Schock Kiefern- und Lerche-Schanzen. Das Holz ist meistens 30 Fuß lang, bis 9 Zoll Durchmesser stark, schön grade, liegt an sehr bequemer Abfahrt, nur 5 Minuten von Roesberg und Merlen entfernt, und wird vom Förster Soufischla auf Verlangen angezeigt. Wagner, Notar.

Das deutsche Vaterland. Wochenschrift für das deutsche Volk. Einladung zum Abonnement. Seit Anfang Juli v. J. erscheint jeden Samstag ein politisch-belletristisches Wochenblatt unter obigem Titel, in einem Formate, das sämtliche Blätter Deutschlands an Größe übertrifft. Vierteljährlicher Abonnementpreis in ganz Deutschland 1 RM 10 Sgr. Die Richtung des Deutschen Vaterlandes ist entschieden katholisch. In jeder Nummer enthält dasselbe eine politische Wochenrundschau und besondere Originalartikel über die Hauptereignisse des öffentlichen Lebens. Die wichtigsten Fragen aus dem Gebiete der Politik, Religion, Geschichte, sowie aus dem socialen Leben werden in besonderen Artikeln behandelt. Außerdem bringt das Deutsche Vaterland sorgfältig ausgewählte Erzählungen, vermischte Nachrichten, Landwirtschaftliches, Handels-Course, Illustrationen u. s. w. Die ansehnliche Abonnentenzahl, dessen sich das Deutsche Vaterland seit seinem kurzen Bestehen erfreut, liefert den besten Beweis, daß dasselbe dem Leser täglich erscheinender politischer Zeitungen als willkommenere Ergänzung, Jenen aber, die wegen Mangels an Zeit solche Blätter nicht lesen können, vollkommen zur Orientirung über die Ereignisse auf kirchlichem und politischem Gebiete dient. Injectionsgebühren die Petitzeile 15 Pf. (1 1/2 Sgr.). Bestellungen wolle man der nächsten Postanstalt oder der Expedition (Bonn, Süst 5) zukommen lassen. Bonn, im December 1875. Verlag und Expedition des Deutschen Vaterland.

Kohlenhandlung Bahnhof Sechtem von Wwe. H. Hinterkeuser. Beste Fett-, Schrot- und Schmiede-Kohlen. Billige Preise, reelles Maas. Größere Quantums entsprechend billiger. Feinstes Apfel-Gelée Bestes oberruhrisches Schrot- u. Fettgeriß aus dem Schiffe zu beziehen von Wilh. Streck, Kölner Chaussee Nr. 51.

CONCORDIA. Am Sylvester-Abend findet in dem Saale des Hotel Stamm (Coblenzerstraße) eine gesellige Vereinigung verbunden mit Tanz statt, wozu wir unsere Mitglieder nebst deren Damen hiermit ganz ergebenst einladen. Anfang 8 Uhr. Der Vorstand.

Gratulationskarten zu Neujahr in großer Auswahl bei A. HENRY, Münsterplatz 6.

Paulus-Verein zur Unterstützung hilfsbedürftiger Priester. Statuten. 1. Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Priester bildet sich für die Erzdiocese Köln ein Wohlthätigkeits-Verein unter dem Namen: „Paulus-Verein“. 2. Mitglied desselben ist jeder Katholik, welcher einen Jahresbeitrag von mindestens hundert Mark zahlt. 3. Entfalte Geschenke für den Zweck des Vereins, auch die kleinsten, werden mit Dank angenommen. 4. Der Verein hat einen Vorstand von fünf bis zwölf Mitglieder, welcher durch Cooptation sich ergänzt. 5. Jedes einzelne Mitglied des Vorstandes ist berechtigt, Vereinsmitglieder aufzunehmen, Beiträge und Geschenke für den Verein zu empfangen. 6. Der Vorstand verteilt die Gelder für den Zweck des Vereins nach Maßgabe des Bedürfnisses. Köln, den 3. Mai 1875. Den Vorstand bilden: G. Schenk I., Advocat und Kanzler des Erzbisthums Köln zu Köln (Neumarkt 48). Dr. Braubach, Arzt zu Köln (Langgasse 1). Fr. Koch, Rentner zu Köln (Poststraße 37). J. B. Kürten, Rentner zu Köln (vor St. Martin 4). Joh. Siegen, zu Köln (Schilbergasse 72). Veling, Advocat-Anwalt zu Aachen (Harslampstr. 66). Baron Eugen von Lejaad jr. zu Düsseldorf (Poststr. 3). G. Quad, Kaufmann zu M.-Gladbach (Grefelderstr. 33). Köln, den 17. October 1875. Der Vorsitzende des „Paulus-Vereins“ G. Schenk I., Advocat und Kanzler des Erzbisthums Köln.

Frische Schellfische, per 4 Sgr., frische Seezungen, per 10-12 Sgr., frische Turbot, per 24 Sgr., Rhein-Salm, per 45 Sgr., Rhein-Lachs, per 25 Sgr., in ganzen Fischen bedeutend billiger, Mat, per 16 Sgr., Schell, per 10 Sgr., Karpen, per 8 Sgr., Schleien, per 7 Sgr., Dummern und Krebse, sowie Delicatessen und Conserven, schöner Blumentohl und Kopfsalat empfiehlt P. Brenner, Brüdergasse 2.

Von den Jurys der Weltausstellung London 1862, Paris 1867, Wien 1873 allein mit der Medaille ausgezeichnet. J. Zacherl's I. t. priv. Insecten-Pulver, anerkannt als das wirksamste aller im Handel vorkommenden Mittel zur Vertilgung aller Insecten, sowie J. Zacherl's I. t. priv. Wanzen-Linctur, anerkannt als das vorzüglichste Mittel zur Vertilgung der Wanzen in Brut und Eiern. Zu haben in J. Zacherl's Hauptniederlage für Bonn bei Herrn H. Schneider, Wenzelgasse 7. Dasselbe sind auch zu haben J. Zacherl's feinst gereinigte und gebleichte Toiletten- und Bade-Schwämme.

Spezialitäten der Maschinenfabrik und Eisengießerei von C. Reuther & Co. in Hennef a. d. Sieg. (Ferdetr.) Dreschmaschinen (Handbetr.) Futterschneidmaschinen, Nähmaschinen. Zehn erste Preise für Prima-Leistungen. Internationale Ausstellung Bremen 1874 1. Preis goldene Medaille. Verkaufsstelle bei Herrn Wilhelm Weinstock, Bonn. Cataloge franco und gratis.

Gegen Husten, Catarrhe, Grippe ist ein bis jetzt unübertroffenes Hausmittel die von Apotheker L. Jesser aus dem frischen Saft des „Spigwegerichs“ u. der „Hauswurzel“ dargestellte Brust-Essenz. „Jesser's Brust-Essenz“ wird ganz besonders Brustkranken von vielen Aerzten wegen ihrer guten Wirkung empfohlen. „Hauptdepot“ in der K. Hofapotheke von W. Schulze am Markt.

Schöne 1. Etage, Münsterstraße 28, mit allen Bequemlichkeiten per 15. Mai zu vermieten. Auch kann ganze Pension im Hause gegeben werden. Feinstes Mainzer Sauerkraut, pfunds und saftweise, eingemachte Bohnen, sowie beste Salzgurken und alle gutkochenden Hülsenfrüchte empfiehlt zu den billigsten Preisen J. C. Munk, Brüderg. 6. Mainzer Sauerkraut per 10 Rpf. empfiehlt F. W. Aderhold, Bonnstraße 32. Dampfmaschine von 40 Verdr., in bestm. Zust., billig zu verk. Anfr. u. B. O. 668 bei d. Exp. Herangerwächener Junge als Hausfrucht gesucht. Wenzelgasse 18. Eine zuverl. Wärterin sucht Stelle. Näh bei G. Veder, neue Klinik. Ein Mädchen, in der Küche u. Hausarbeit erfahren, zu Vermietung gesucht. Meckenheimerstraße 27.

Cäcilien-Gesangverein. Montag Abend 7 1/2 Uhr: PROBE. Waisenhauskapelle. Dinstag 5 Uhr Versammlung. Alle Freunde und Wohlthäter der Kleinkinder-Bewahrschule werden freundlichst zur Weihnachtsfeier auf Dinstag den 28. December, Nachmittags 3 Uhr, eingeladen. Der Vorstand.

Stadt-Theater in Bonn. Dinstag den 28. Dec. 1875: Abonnement A. Serie I. Vorstellung 14. Die Jüdin. Große Oper in 5 Akten. Musik von Halévy. Anfang 5 1/2 Uhr. Ich habe mich hier niedergelassen und wohne Hotel Eichen in Medenheilm. Dr. Sticker, pract. Arzt.

Neujahrskarten empfiehlt in großer Auswahl Mich. Foppen, Bonnstraße 17.

Caviar-Verband (unter Garantie der Güte). Ich erhielt eine große Partie schönen, grauen, großköpfigen, Amerikanischen und Sib-Caviar in brillanter Frische und von prächtigem Geschmack, in Fässchen von 2, 3, 5 und 10 Pfund, sowie auch größere Fässer bis zu 90 Pfund. Ich versende ab Hamburg sofort Amerik. Caviar pr. Pfd. Mk. 3. Sib-Caviar pr. Pfd. Mk. 2.50. (bei Abnahme von über 10 Pfd. 10 pCt. Rabatt) gegen Einzahlung oder Nachnahme des Betrages. Der Amerikanische Caviar ist dem ächten Russischen an Farbe, Geschmack und großem Rora ähnelnd ähnlich. Caviar-Export-Haus von E. Jacobi, Hamburg, Altonaerstraße Nr. 5.

1000 Thaler auf Hypothek zum Ausbun bereit. Die Exped. sagt wo. [656] Eine kleine Werkstätte nebst Wohnung zum 15. Mai zu mieten gesucht. Näheres in der Expedition [654]

Schreiner-Werkstelle nebst Wohnung zum 15. Mai zu mieten gesucht. Breitestraße 27. Schneider sucht Kunden in und aus dem Hause. Reffelgasse 2, 2. Etage.

A well experienced german gentleman who has been three years in England wishes to give german lessons and classica. Address L. K. 668 office of this paper.

Ein junger Mann, der mit Pferden umgehen kann, sucht Stelle als Hausfrucht. Näh. in der Exped. [655] Ein Mädchen für alle häusliche Arbeiten für sofort gesucht. Näheres Brüdergasse 33.

Mädchen f. Stundenarbeit für Küche oder Hausarbeit. Judengasse 11. Ein hübsches Mädchen sucht Stelle für Küche und Hausarbeit. Fürstenstraße 6.

33 junge Hühner und 2 tragbare Ziegen zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Zig. [651] Kinder-Badewanne zu kaufen gesucht. Siegmarsstr. 8.

Gute Gartenerde kann unentgeltlich abgehoben werden. Sternstr. 58. Fünf Stück zugeschnittene Seide für hohe Cylinderhüte auf dem Wege von Wenzelgasse bis Josephsthor verloren. Gegen Belohnung abzugeben Wenzelgasse 18.

Handschuh gef. Gegen Einrückung gebühren abgeh. Näh. i. d. Exp. [657] Berloren Montag Morgen auf dem Wege von der Stadt zur Weberstraße eine Börse von braunem Sechsbund, enthaltend ein deutsches und ein englisches Geldstück, sowie einiges Silbergeld. Gegen gute Belohnung abzugeben Weberstraße 35.

Für „Gesperre“ sind bei der Expedition dieser Zeitung 7 rner eingegangen: Bon Hergen 10 Sgr. Auf „Bitte in großer Noth“ für die Wittve und ihre zwei Kinder sind bei der Expedition dieser Zeitung eingegangen: F. A. in G. 1 Thlr. 20 Sgr. 10 Sgr. Frau S. 15 Sgr. R. 1 Thlr. R. A. 1 Thlr. J. St. 1 Thlr. G. 15 Sgr. R. A. 2 Sgr. 6 Pfg. A. B. 10 Sgr. Von vier Personen 20 Sgr.